



# Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Kielbassa, Pauline:

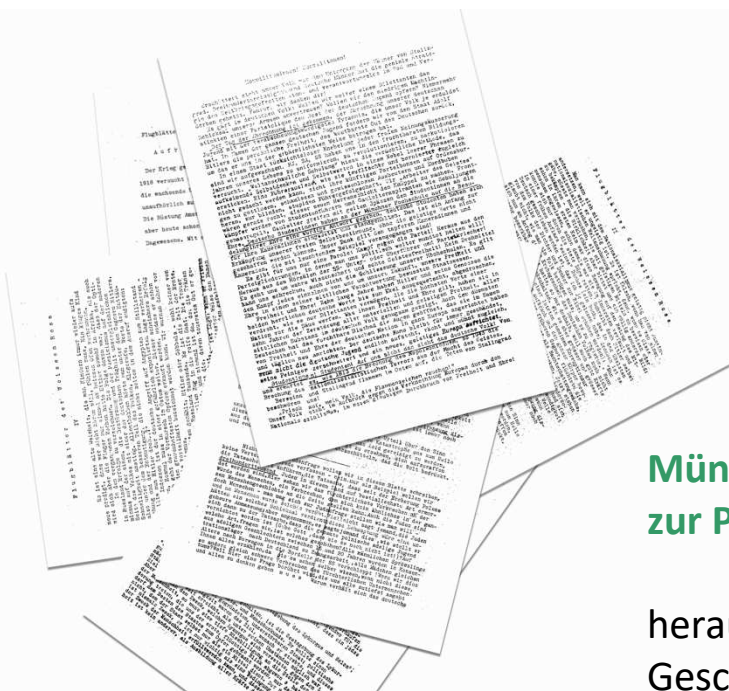
Die Regierungskrise in Thüringen 2020.  
Ein koalitionstheoretischer Erklärungsversuch.

**Bachelorarbeit, Sommersemester 2021**

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.84357>



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2021**

**Pauline Kielbassa**

**Die Regierungskrise in Thüringen  
2020. Ein koalitionstheoretischer  
Erklärungsversuch.**

---

Bachelorarbeit bei  
Dr. Tanja Zinterer  
2021

## Inhalt

<b>1 Einleitung</b> .....	4
1.1 Ziel der Arbeit .....	4
1.2 Regierungskrise Thüringen 2020 .....	5
<b>2 Theorie</b> .....	7
2.1 Koalitionstheorien.....	7
2.1.1 Office-Orientierte Theorien.....	8
2.1.2 Policy-Orientierte-Theorien .....	10
2.1.3 Kontextuelle Und Institutionelle Faktoren.....	13
2.2 Hypothesenbildung .....	17
<b>3 Methodisches Vorgehen</b> .....	21
<b>4 Analyse des Regierungsbildungsprozesses in Thüringen</b> .....	23
4.1 Office-orientierte Theorie .....	24
4.1.1 Minimal winning coalition.....	24
4.1.2 Minimum winning coalition.....	26
4.1.3 Bargaining proposition.....	28
4.2 Policy-orientierte Theorien.....	30
4.2.1 Minimal range coalition .....	30
4.2.2 Median legislator.....	32
4.2.3 Policy horizons.....	34
4.3 Kontextuelle und institutionelle Faktoren.....	38
4.3.1 Der Amtsinhaberbonus .....	38
4.3.2 Koalitionsausschlüsse.....	40
4.3.3 Polarisierung des Parteiensystems.....	45
<b>5 Fazit</b> .....	47
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	51
<b>Eigenständigkeitserklärung</b> .....	56

## 1 Einleitung

Der Regierungsbildungsprozess nach der Landtagswahl 2019 in Thüringen entwickelte sich aufgrund fehlender Mehrheiten und mit der Positionierung der zwei stärksten Parteien, der Linkspartei und der AfD, am jeweils anderen Rand des Links-Rechts-Spektrums, zu einem besonders komplizierten Verfahren. Besonders der Umgang mit der AfD wurde bereits im Vorhinein stark diskutiert. So mahnte der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP Wolfgang Kubicki wenige Wochen vor der Wahl in Thüringen, die FDP solle die AfD „*nicht in den Arm nehmen, sondern auf den Arm nehmen*“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.09.2019). Tatsächlich kam es ganz anders. Am Tag der Ministerpräsidentenwahl war es die AfD, die die FDP auf den Arm nahm. Indem die Partei unter Führung des rechtsextremen Politikers Björn Höcke, statt für ihren eigenen Kandidaten zu stimmen, Thomas Kemmerich von der FDP ins Ministerpräsidentenamt wählte, zwang die AfD der FDP und der CDU, die ebenfalls für Kemmerich stimmten, ein unfreiwilliges Bündnis auf. Als Thomas Kemmerich die Wahl kurzerhand auch annahm, war dieses Bündnis gar nicht mehr so unfreiwillig und die Regierungsbildung in Thüringen entwickelte sich zu einer Regierungskrise (Süddeutsche.de, 05.02.2020). Dieser Regierungsbildungsprozess in Thüringen ist Gegenstand dieser Arbeit, dessen Ziel im folgenden Abschnitt erläutert wird.

### 1.1 Ziel der Arbeit

Vor dem Hintergrund des komplizierten Regierungsbildungsprozesses in Thüringen wird diese Arbeit folgende Forschungsfrage beantworten:

*Inwiefern lässt sich der Regierungsbildungsprozess in Thüringen nach der Landtagswahl 2019 anhand gängiger Koalitionstheorien erklären?*

Dabei geht es darum, zu untersuchen, ob gängige Koalitionstheorien die tatsächlich gebildete rot-rot-grüne Regierung vorhersagen konnten oder ob das Bündnis aus FDP, CDU und AfD, das durch die Ministerpräsidentenwahl entstand, wahrscheinlicher gewesen wäre.

Dies ist insofern relevant, als dass es noch keine koalitionstheoretische Aufarbeitung des Thüringer Regierungsbildungsprozesses von 2019/20 gibt und das Thema hohe Aktualität besitzt. Weiterhin zeigen sich in Deutschland vermehrt Probleme bei Koalitionsbildungen. So scheiterte bei der vergangenen Bundestagswahl erstmals eine Regierungsbildung in Deutschland seit Bestehen der Bundesrepublik (Süddeutsche Zeitung, 22.07.2017). Auch kommende Wahlen könnten eine komplizierte Regierungsbildung mit sich bringen. Mit der Stabilisierung der AfD im deutschen Parteiengefüge und schwindender Mehrheiten für die üblichen Koalitionen, wandeln sich auch die Regierungsbildungsprozesse und es stellt sich zunehmend die Frage, inwieweit die gängigen Koalitionstheorien dieser Entwicklung noch gerecht werden können.

Dieser Frage geht diese Arbeit anhand der Regierungsbildung in Thüringen nach der Landtagswahl 2019 nach. Hierzu wird im folgenden Abschnitt zunächst der Thüringer Regierungsbildungsprozess genauer betrachtet. Anschließend werden gängige Koalitionstheorien und -ansätze vorgestellt, um daraus schließlich Hypothesen zur Beantwortung der Forschungsfrage zu bilden. Das dritte Kapitel erläutert das methodische Vorgehen dieser Arbeit. Im anschließenden Kapitel widmet sich die Arbeit der Analyse der Regierungsbildung in Thüringen. Abschließend zieht diese Bachelorarbeit ein Fazit aus der Analyse und diskutiert, inwiefern die gängigen Koalitionstheorien den Regierungsbildungsprozess nach der Thüringer Landtagswahl 2019 tatsächlich erklären können.

## 1.2 Regierungskrise Thüringen 2020

Die Landtagswahl am 27. Oktober 2019 in Thüringen war eine bemerkenswerte Wahl. Bereits im Voraus wurde eine komplizierte Koalitionsbildung vorhergesagt (Süddeutsche.de, 27.10.2019) und tatsächlich entwickelte sich der Regierungsbildungsprozess zu einer Regierungskrise, die bundesweit Brisanz erlangte.

Bodo Ramelow, dem amtierenden Ministerpräsidenten und seiner Partei DIE LINKE gelang es erstmals stimmenstärkste Fraktion zu werden und somit die Wahl zu gewinnen. Die CDU dagegen musste herbe Verluste in Kauf nehmen und verlor ihre übliche Stimmenmehrheit. Mehr noch landete sie mit ihrem historisch schlechtesten Ergebnis hinter der AfD, welche damit zweitstärkste Kraft im Landesparlament wurde. Die SPD erzielte nur ein einstelliges Ergebnis und der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der

FDP gelang der Einzug in den Thüringer Landtag nur knapp (Süddeutsche.de, 28.10.2019). Das Ergebnis der FDP war dabei besonders eng, denn die Liberalen konnten die Fünf-Prozent-Hürde um gerade einmal 73 Stimmen nur hauchdünn überspringen (Süddeutsche Zeitung, 08.11.2019). Die Weiterführung der amtierenden Regierung, bestehend aus den Parteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, war damit nicht so leicht möglich, da die Stimmen nicht für eine Mehrheit reichten. Ein Bündnis mit der AfD unter dem rechtsextremen Spitzenkandidaten Björn Höcke wurde von allen Parteien bereits vor der Wahl ausgeschlossen. Die CDU lehnte außerdem eine Koalition mit der Linkspartei ab. Nach Verkündung der Wahlergebnisse schloss auch der Spitzenkandidat der FDP Thomas Kemmerich eine solche Koalition aus. Somit war auch die letzte verbliebene mögliche Mehrheitskoalition, bestehend aus der Linkspartei, der SPD, den Grünen und der FDP, keine Option mehr und nur noch eine Minderheitsregierung möglich (Süddeutsche.de, 28.10.2019). Am naheliegendsten war dabei eine Minderheitskoalition der amtierenden Regierungsparteien. Mike Mohring, der CDU-Fraktionsvorsitzende plädierte dagegen für ein Vierer-Bündnis aus CDU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Süddeutsche Zeitung, 04.11.2019). Auch eine Minderheitsregierung aus CDU und FDP wurde ins Spiel gebracht, indem der Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke beiden Parteien die Tolerierung einer solchen Koalition anbot (Süddeutsche.de, 06.11.2019). Schließlich einigten sich DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Bodo Ramelow (Süddeutsche Zeitung, 27.01.2020). Ohne Unterstützung der Opposition hätte dieser bei der Ministerpräsidenten-Wahl zwar keine Mehrheit, laut thüringischer Verfassung ist im dritten Wahlgang aber auch eine relative Mehrheit ausreichend (Artikel 70 Absatz 3 Satz 3 ThürVerf). Nachdem auch die AfD einen eigenen Kandidaten zur Wahl antreten ließ, entschloss die FDP Thomas Kemmerich im dritten Wahlgang aufzustellen. Im Falle, dass die AfD ihren Kandidaten zurückzöge, sollte auch Kemmerich nicht antreten, um nicht mit Stimmen der AfD gewählt zu werden (Süddeutsche Zeitung, 05.02.2020). Dies gelang jedoch nicht. Die AfD stellte ihren Kandidaten zwar auch im dritten Wahlgang auf, weshalb auch Kemmerich zur Wahl antrat, aber anstatt für ihren eigenen Kandidaten zu stimmen, wählte die AfD gesammelt den Mann der FDP. Somit gewann Kemmerich die Wahl zum Ministerpräsidenten mithilfe der AfD. Als er

die Wahl anschließend auch annahm löste er den – im Zuge dessen häufig erwähnten – „Dammbruch“ aus (Süddeutsche.de, 05.02.2020). Nachdem es daraufhin zu einem deutschlandweiten, großen politischen und gesellschaftlichen Aufschrei sowie innerparteilichem Gegenwind kam, trat Kemmerich 24 Stunden nach der Wahl zurück (Süddeutsche Zeitung, 07.02.2020). Knapp einen Monat später kam es schließlich zu einer Einigung. Bodo Ramelow wurde zum Regierungschef einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung gewählt und Neuwahlen vorerst aufgeschoben (Süddeutsche Zeitung, 05.03.2020).

## 2 Theorie

Koalitionstheorien befassen sich in erster Linie mit drei Themenbereichen. Ein wichtiger Fokus von Koalitionstheorien liegt darauf, eine Vorhersage treffen zu können, welcher Regierungstyp sich bilden wird. Des Weiteren wird sich damit beschäftigt, ob es Faktoren gibt, die bestimmte Regierungsarten begünstigen. Außerdem befassen sich Koalitionstheorien damit, herauszufinden, welche Parteien eher an Regierungen beteiligt sind als andere (Bäck, 2003, S. 468).

Im folgenden Kapitel zeigt diese Arbeit zunächst gängige Koalitionstheorien sowie wichtige kontextuelle und institutionelle Faktoren auf, die dazu beitragen können, Regierungsbildungen vorherzusagen und zu erklären. Außerdem werden auf Grundlage dieser Theorien und Ansätze Hypothesen herausgearbeitet, um anhand dieser zu überprüfen, inwiefern Koalitionstheorien den Regierungsbildungsprozess und damit auch die daraus folgende Regierungskrise in Thüringen 2020 erklären können.

### 2.1 Koalitionstheorien

Für die Regierungsbildung in einem Vielparteiensystem ist das Bilden von Koalitionen fast immer erforderlich, da absolute Mehrheiten in diesen Systemen eine Seltenheit darstellen (Schniewind, 2008, S. 115). Dabei handelt es sich um sogenannte Gewinnkoalitionen oder auch *winning coalitions* (Taylor, 1972, S. 362). Mit einer Koalitionsbildung soll in den häufigsten Fällen eine solche Gewinnkoalition erreicht werden, schließlich hängt davon ab, ob eine Regierung bei Gesetzesvorhaben und Beschlüssen jedes Mal erneut eine Mehrheit aushandeln muss, oder ob sie sich dabei auf ihre

Mehrheit unter den Abgeordneten verlassen kann (Schniewind, 2008, S. 115). Um solche Koalitionsbildungen erklären und vorhersagen zu können, entwickelten sich in den frühen 1960er-Jahren erste Koalitionstheorien, die den Fokus ihrer Forschung auf das Streben nach Ämtern als entscheidenden Faktor in der Koalitionsbildung richteten. Diese werden in Abschnitt 2.1.1 genauer betrachtet. Anschließend werden sogenannte *policy*-orientierte Theorien erläutert, die auf die *office*-orientierten Theorien folgten und programmatisch-ideologische Aspekte der Parteien in die Koalitionsforschung mitbrachten und ins Zentrum der Theorien stellten.

Im Abschnitt 2.1.3 werden schließlich aktuelle Ansätze der Koalitionsforschung thematisiert, die neben dem numerischen Wahlergebnis und der ideologischen Positionierung auch weitere Faktoren, die die Koalitionsbildung beeinflussen können, benennen (Bräuninger et al., 2020, S. 207). Auch das Erklären von Minderheitsregierungen spielt in diesen neueren Ansätzen der Koalitionsforschung vermehrt eine Rolle. Denn obwohl Minderheitsregierungen durchaus keine Seltenheit sind (Strøm, 1984, S. 200), wurden sie von den gängigen Koalitionstheorien eher stiefmütterlich behandelt (Strøm, 1984, S. 223).

### 2.1.1 Office-Orientierte Theorien

*Office*-orientierte Koalitionstheorien folgen der Annahmen, dass der Koalitionsbildungsprozess rein ämterorientiert vonstattengeht (Schniewind, 2008, S. 117). Als Grundlage dafür dient die N-Personen-Spieltheorie. Demnach agieren die Akteure – hier die Parteien – geschlossen und rational (*unitary actor assumption*) und haben das Ziel ihren Gewinn – in diesem Fall Ministerposten – zu maximieren. Als Ressourcen gelten dabei die Abgeordnetenmandate, die die jeweiligen Parteien bei der Wahl gewinnen konnten. Die N-Personen-Spieltheorie folgt einer Nullsummenstrategie, bei der der Gewinner durch eine Regierungsbeteiligung die komplette politische Macht erhält und der Verlierer dagegen ohne jeglichen Einfluss auf das Handeln der Regierung in die Opposition muss (Schniewind, 2008, S. 116). Bei *office*-orientierten Theorien wird also davon ausgegangen, Parteien wären lediglich daran interessiert, möglichst viele Ministerposten zu erlangen. Diese frühen ämterorientierten Theorien fußen damit auf dem Größenprinzip (*size principle*) (Schniewind, 2008, S. 117). Somit sind laut diesen Ansätzen



zunächst nur die Anzahl der Koalitionspartner sowie die Sitzstärke von Bedeutung (Bräuninger et al., 2020, S. 208).

Eine der frühesten Koalitionstheorien geht auf von Neumanns und Morgensterns (1944, S. 436) Konzept der kleinstmöglichen *winning coalition* zurück. Auf die Bildung von Regierungskoalitionen wurde die Idee einer solchen *minimal winning coalition* erstmalig von Gamson (1961, S. 380) angewandt (Schniewind, 2008, S. 117). Bei der Theorie der *minimal winning coalition* wird davon ausgegangen, dass sich die kleinstmögliche Gewinnkoalition bilden wird, was bedeutet, dass in dieser Koalition keine Partei enthalten sein wird, die nicht für eine Mehrheit im Parlament erforderlich ist (Gross, 2016, S. 63). Mit anderen Worten handelt es sich bei *minimal winning coalitions* um Koalitionen, die beim Austritt eines Koalitionspartners keine legislative Mehrheit mehr innehaben (Laver & Schofield, 1990, S. 69).

Aufbauend auf diesem *minimal winning* Ansatz entwickelte Riker (1962, S.32f.) sein Modell der *minimum winning coalition*. Hierbei nahm er an, Parteien würden die Koalitionen präferieren, die mit der geringsten Zahl an Parlamentssitzen die absolute Mehrheit erreichen. Als Gewinn gelten bei dieser ämterorientierten Koalitionstheorie schließlich die Ministerposten und je mehr Parlamentssitze eine Koalitionspartei erringen kann, desto größer ist auch der Anteil der ihr zustehenden Ministerposten. Somit gilt es als Ziel der Parteien, ein möglichst hohes Gewicht in der Koalition zu haben und die Größe der Koalition nach Möglichkeit klein zu halten. Mit der Koalition, die am wenigsten Parlamentssitze für das Erreichen der absoluten Mehrheit benötigt, soll also die Zahl der eigenen Ministerposten maximiert werden (Schniewind, 2008, S. 117).

Auch Leiserson (1968, 772 f.) knüpfte mit seinen Überlegungen an die Theorie der *minimal winning coalition* nach von Neumann und Morgenstern (1944) an und erweiterte diese. Durch diese Weiterentwicklung gelang es, die Prognosefähigkeit der *office*-orientierten Theorien zu verbessern (Martin & Stevenson, 2001, S. 41). In seinem Ansatz der *bargaining proposition* führt Leiserson an, Parteien würden diejenige Koalitionsvariante vorziehen, die mit der geringsten Anzahl an Parteien die Mehrheit im Parlament erlangt. Dadurch gelinge es, den Gewinn der koalierenden Parteien zu maximieren und

sie erhalten möglichst viele Kabinettsposten (Gross, 2016, S. 63). Außerdem wären die Verhandlungen mit weniger Parteien leichter abzuschließen und die gebildeten Koalitionen ließen sich leichter zusammenhalten (Leiserson, 1968, S. 775).

Eine weitere *office*-orientierte Theorie, die sich auf die Sitzstärke der Parteien im Parlament bezieht ist Pelegs (1981, S. 11) Ansatz der dominanten Partei, bei dem angenommen wird, dass eine solche Partei höchstwahrscheinlich Teil der Koalition wird. Dominante Partei kann nur diejenige Partei sein, die am meisten Parlamentssitze hat. Am einfachsten lässt sie sich daran identifizieren, dass sie mit der zweit- und drittstärksten Partei jeweils eine Mehrheitsregierung bilden kann, aber die Sitze der zweit- und drittgrößten Parteien nicht für eine gemeinsame Gewinnkoalition reicht (Laver, 1998). Es wird also implizit angenommen, dass die sitzstärkste Partei im Parlament nicht von der Regierungskoalition ausgeschlossen werden kann (Martin & Stevenson, 2001, S. 34).

### 2.1.2 Policy-Orientierte-Theorien

Neben *office*-orientierten Koalitionstheorien existieren auch *policy*-orientierte Ansätze, welche dem Durchsetzen politischer Inhalte gegenüber der reinen Ämterorientierung eine zumindest gleichrangige Bedeutung beimessen (Gross, 2016, S. 64). Die Akteure im Koalitionsbildungsprozess haben demnach das Ziel, ihre politischen Interessen möglichst unverändert durchzusetzen und versuchen mit den Parteien zu koalieren, die ihnen ideologisch am nächsten stehen (Kropp et al., 2002, S. 10). Der Koalitionsbildungsprozess wird hier also als Positivsummenspiel verstanden, bei dem die Gewinne aus der Regierungsbeteiligung umso größer werden, je mehr die politischen Inhalte der koalierenden Parteien übereinstimmen (Müller, 2009, S. 10). Die *policy*-orientierten Theorien beachten also im Vergleich zu den *office*-orientierten Theorien auch die programmatisch-ideologischen Inhalte der Parteien und sagen die Koalitionen voraus, die eine möglichst geringe Heterogenität aufweisen (Bräuninger et al., 2020, S. 209). Schließlich folgen *policy*-orientierte Ansätze der Annahme, dass ideologische Heterogenität bei den Parteien – sowohl bei wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen

als auch im gesellschaftspolitischen Bereich – die Wahrscheinlichkeit für die Koalitionsbildung verringert (Bräuninger et al., 2020, S. 219).

Um ein solches *policy*-orientiertes Modell handelt es sich auch bei Axelrods (1970) *minimal connected winning coalition*. Diese definiert er als eine minimal gewinnende Koalition, deren Parteien benachbart sein müssen (Axelrod, 1970, S. 170), also im Links-Rechts-Kontinuum nebeneinander liegen (Schniewind, 2008, S. 118). Das bedeutet, dass die Koalition beim Austritt einer Partei entweder nicht mehr über die Parlamentsmehrheit verfügt oder ideologisch nicht mehr verbunden ist (Gross, 2016, S. 65). Axelrod (1970) knüpfte mit seiner Theorie der *minimal connected winning coalition* somit an die Ämterorientierung der *office*-zentrierten Theorien an und erweitert diese um den *policy*-Aspekt (Gross, 2016, S. 65). Allerdings widerspricht das Konzept der *minimal connected winning coalition* teilweise dem Modell der *bargaining proposition* und der Idee der *minimal winning coalition*. So sind in einer *minimal connected winning coalition* gegebenenfalls auch Parteien, die für eine absolute Parlamentsmehrheit nicht dringend erforderlich sind, aber auf der Rechts-Links-Skala zwischen den beiden erforderlichen Parteien liegen (Schniewind, 2008, S. 118). Außerdem ist der *policy*-Aspekt bei diesem Ansatz erst von Bedeutung, wenn die Notwendigkeit besteht zwischen Koalitionen zu entscheiden, die nach *office*-orientierten Modellen gleich wahrscheinlich sind (Laver & Schofield, 1990, S. 102). Damit wird der *policy*-Aspekt bei dieser Koalitionstheorie dem *size principle* untergeordnet (Laver & Schofield, 1990, S. 102; Schniewind, 2008, S. 118).

Eine weitere *policy*-orientierte Koalitionstheorie ist die der *minimal range coalition* von De Swaan (1973). Während Axelrod (1970) die *minimal winning* Theorie mit dem *policy*-Aspekt kombiniert, um Vorhersagen einschränken zu können, stellt De Swaan (1973, S. 111) den *policy*-Aspekt in den Fokus seines Ansatzes. Dabei kombiniert er Axelrods Idee der *minimal connected winning coalition* mit der Idee, der kleinstmöglichen Entfernung zwischen den politischen Positionen der jeweiligen Parteien (De Swaan, 1973, S. 333), der *minimal range* (Schniewind, 2008, S. 119). Es geht also darum, dass die politischen Interessen besondere Relevanz für den Koalitionsbildungs-

prozess besitzen. Liegen Parteien auf der Links-Rechts-Achse nahe beieinander, ist eine Regierungsbildung wahrscheinlich. Die Motivation, die dahintersteckt ist die, dass es den einzelnen Parteien so eher gelingt ihre politischen Ziele durchzusetzen. Außerdem lassen sich solche Koalitionen leichter bilden und aufrechterhalten (Lijphart, 2012, 83f.). Damit entwarf De Swaan (1973) eine rein *policy*-orientierte Theorie (Laver & Schofield, 1990, S. 97) und es wurde zum ersten Mal in Erwägung gezogen, dass beim Regierungsbildungsprozess nicht lediglich das Gewinnen möglichst vieler Ministerposten für Parteien von Bedeutung ist, sondern auch das Durchsetzen der eigenen Politikpräferenzen (Schniewind, 2008, S. 118).

Ein weiteres *policy*-orientiertes Konzept ist das des *central players*, also einer zentralen Partei, die sich mittig auf der Links-Rechts-Achse befindet (van Roozendaal, 1993, S. 38). Bestimmen lässt sich diese zentrale Partei anhand des *median legislators*. Beim *median legislator* handelt es sich um den\*die Abgeordnete\*n, der\*die – gemessen an der Links-Rechts-Achse - links und rechts neben sich exakt gleich viele Abgeordnete vorfindet. Die Partei, die den *median legislator* stellt, gilt damit als zentrale Partei (van Roozendaal, 1993, S. 39). Der *central player* hat dieser Theorie zufolge, einen besonders großen Einfluss auf die Regierungsbildung. Dahinter steckt die Annahme, dass die zentrale Partei eine Koalition mit den Parteien rechts sowie den Parteien links von sich eingehen kann (van Roozendaal, 1993, S. 38). Aufgrund ihrer mittigen Position kann sie auch kaum aus der Koalitionsbildung ausgeschlossen werden (Gross, 2016, S. 67), schließlich liegen die inhaltlichen „*Kompromisse zwischen den äußeren Parteien auf ihrer Linie*“ (Jun, 1994, S. 39).

Eine neuere Weiterentwicklung bekannter *policy*-orientierter Koalitionstheorien stellt Warwicks (2006) Modell der *policy horizons* dar. Dabei wird von einem ein- oder mehrdimensionalen Modell ausgegangen, in dem die unterschiedlichen politischen Inhalte und Präferenzen der einzelnen Parteien als Punkte dargestellt werden. Jede Partei hat hierbei ihren Idealpunkt, der ihre bevorzugte Position in diesem Modell widerspiegelt. Dieser Idealpunkt wird von einem Rahmen umgeben, der die politischen Inhalte einschließt, die für die jeweilige Partei angesichts einer Koalitionsbildung akzeptabel

wären. Die Fläche, die von diesem Rahmen umschlossen wird gilt als Politikhorizont (*policy horizon*) einer Partei (Warwick, 2006, S. 19). Diese Politikhorizonte werden anhand der inhaltlichen Positionierung der Parteien und ihrer Beteiligung an vergangenen Regierungskoalitionen bestimmt (Warwick, 2006, S.41). Liegt kaum eine oder gar keine Überlappung mit dem Politikhorizont einer anderen Partei vor, sind Parteien – laut diesem Konzept – nicht dazu bereit Kompromisse bzw. Koalitionen mit der jeweils anderen Partei einzugehen. Ist die andere Partei zu weit vom eigenen Idealpunkt entfernt, wird die Toleranzgrenze angesichts bestimmter Politikinhalte überschritten. Die Parteien würden in diesem Fall sogar den Gang in die Opposition präferieren und auf einen Platz in der Regierung verzichten (Gross, 2016, S.77, zitiert nach Warwick, 2013, S.62). Weiterhin wird bei diesem Ansatz angenommen, dass die Wahrscheinlichkeit einer Koalitionsbildung zwischen Parteien steigt, je größer die Überlappung ihrer Politikhorizonte ist (Warwick, 2006, S. 10).

### 2.1.3 Kontextuelle Und Institutionelle Faktoren

Aktuelle Ansätze der Koalitionsforschung kritisieren diese rein *office-* und *policy-*orientierten Theorien. Ein wichtiger Kritikpunkt ist, dass vor allem ämterorientierte aber auch *policy-*orientierte Theorien stets von Gewinnkoalitionen ausgehen. So wird angenommen, dass eine Regierung nur siegen kann, wenn sie die absolute Mehrheit innehat. Eine solche Mehrheit in einer parlamentarischen Demokratie ist aber nicht zwingen zum Regieren notwendig, weswegen die selbstverständliche Annahme einer Gewinnkoalition in Frage gestellt wird (Bergmann, 1993, S. 62). Ein weiterer bedeutender Kritikpunkt an den Theorien, die kleinstmögliche Gewinnkoalitionen vorhersagen, ist, dass Minderheitsregierungen und auch übergroße Koalitionen dabei komplett außer Acht gelassen werden (Müller, 2009, S. 7). Zwar zeigen Untersuchungen, dass *minimal winning* Koalitionen mit höherer Wahrscheinlichkeit gebildet werden als Minderheitsregierungen und übergroße Koalitionen (Martin & Stevenson, 2001, S. 41), dennoch ist es problematisch diese aus den Theorien auszuschließen, da vor allem Minderheitsregierungen keine Seltenheit sind und sich in vielen unterschiedlichen politischen Systemen bilden (Strøm, 1984, S. 200). Außerdem wird kritisiert, dass die frühen Koalitionstheorien meistens eine Vielzahl möglicher Koalitionen vorhersagen, die alle gleich

wahrscheinlich sind, wodurch die Vorhersagekraft dieser Theorien als enttäuschend wahrgenommen wird (Müller, 2009, S. 6). Weiterhin kritisieren neuere Ansätze das Streben nach Ämtern als Hauptkriterium der Koalitionsbildung, da die Gewinnverteilung häufig nicht proportional vonstattengeht. Stattdessen erhalten die kleineren Parteien einer Koalition oft verhältnismäßig mehr Ministerposten als die größeren Koalitionspartner (Jun, 1994, S. 44).

Es zeigt sich also, dass die frühen Koalitionstheorien nicht ideal sind, um Koalitionen richtig vorherzusagen. Strøm, Budge und Laver (1994, 305) betonen, dass es sich bei Prozessen der Regierungsbildung um stark strukturierte Abläufe handelt, die von institutionellen Faktoren beeinflusst bzw. eingeschränkt werden können. Frühe Koalitionstheorien würden diese Faktoren jedoch nicht berücksichtigen und somit fälschlicherweise davon ausgehen, dass „*all possible combinations of parties represent feasible governments.*“ (Strøm et al., 1994, S. 306) Allerdings können diese einschränkende Faktoren dazu führen, dass sich die Anzahl möglicher Koalitionen sowie die Verhandlungsmacht der Parteien stark verändert (Strøm et al., 1994, S. 332). Auch Martin und Stevenson (2001, S. 48) führen an, dass neben den Kriterien Größe und Ideologie weitere Aspekte bei der Vorhersage und Erklärung von Koalitionen beachtet werden müssen. Somit können durchaus auch kontextuelle und institutionelle Faktoren eine wichtige Rolle im Regierungsprozess spielen, die bei den *office-* und *policy-*orientierten Koalitionstheorien keine Berücksichtigung finden (Gross, 2016, S. 69).

Ein kontextueller Faktor, der bei der Regierungsbildung relevant sein kann, ist das politische System eines Landes. Es zeigt sich, dass sogar zwischen verschiedenen Mehrebenensystemen Kriterien, die auf die Koalitionsbildung Einfluss haben, variieren (Deschouwer, 2003, S. 214). Somit kann bei der Analyse des Koalitionsbildungsprozesses auf Landesebene in Deutschland neben dem landespolitischen Kontext auch der bundespolitische Kontext wichtig sein. Die bundespolitischen Mehrheitsverhältnisse in einem föderalen Mehrebenensystem können also durchaus auch einen Einfluss auf die Regierungsbildung in den einzelnen Bundesländern haben. Durch eine parteipolitisch gleiche Landesregierung wird der Bundesregierung schließlich das Durchsetzen ihrer Ziele im Bundesrat erleichtert. Aus Sicht der Bundesregierung wäre es also von Vorteil,

würden sich in den Ländern Koalitionen bilden, die nur aus Bundesregierungspartien bestünden und das Lager der sogenannten Regierungs- bzw. R-Länder dadurch vergrößerten. Eher unerwünscht wären – aus Sicht der Bundesregierung – Koalitionen, die komplett aus bundespolitischen Oppositionsparteien bestehen und zum Lager der sogenannten O-Länder gehören. Die Oppositionsparteien der Bundesebene dagegen, wollen möglichst eine Schwächung der Gruppe der R-Länder erreichen. Eine Koalition, die sowohl Parteien der Bundesregierung als auch der bundespolitischen Opposition beinhaltet (M-Länder), gilt damit für beide Seiten als nicht zielführend (Bräuninger et al., 2020, S. 210).

Ein weiterer kontextueller Faktor, für dessen fehlende Einbeziehung früherer Koalitionstheorien kritisiert werden, ist die Bedeutung der amtierenden Regierung (Gross, 2016, S. 68). Demnach bilden Koalitionen, die bereits bestehen, mit erhöhter Wahrscheinlichkeit wieder die amtierende Regierung. Dadurch ergibt sich ein sogenannter Amtsinhaberbonus für bestehende Koalitionen (Bräuninger et al., 2020, S. 224). Ein Grund hierfür kann das Konzept der Trägheit (*inertia*) sein. Dabei handelt es sich um einen Aspekt, der sowohl für Parteien, ihre politischen Inhalte sowie für Verfassungen gilt und auch bei Koalitionsbildungsprozessen eine Rolle spielen kann. Demnach können große Mühen von Nöten sein, Etabliertes zu ändern. Auch die Idee der Vertrautheit (*familiarity*) kann für den Amtsinhaberbonus von Koalitionen eine Rolle spielen. Aufgrund von gemeinsamen Erfahrungen und dadurch resultierendem Vertrauen kann die Chance für die Weiterführung einer bestehenden Koalition erhöht sein (Franklin & Mackie, 1983, S. 277). Dabei gehen Franklin und Mackie (1983, S. 277) sogar so weit, dass sie es für möglich halten, dass das Kriterium *familiarity* mehr wiegt als ideologische Differenzen. Auch Martin und Stevenson (2001, S. 48) zeigen, dass die Etablierung einer Koalition einen Einfluss auf den Regierungsbildungsprozess haben kann. Wichtig ist hierbei, dass das nur für die Koalition insgesamt gilt und nicht für die Partei des\*der Regierungschef\*in allein.

Auch vor der Wahl getätigte Koalitionsaussagen können einen wichtigen Einfluss auf das Bilden von Koalitionen haben. Darunter fallen Vorwahlallianzen und auch vor der

Wahl geäußerte Ausschlüsse bestimmter Parteien (Martin & Stevenson, 2001, S. 36). Pakte bzw. Vereinbarungen, die vor einer Wahl zwischen Parteien bezüglich der Koalitionsbildung getroffen werden, besitzen demnach auch nach der Wahl Gültigkeit. Zwar handelt es sich dabei nicht um verpflichtende Absprachen, dennoch können sie in gewisser Weise verbindlich sein, da Abweichungen von den Wähler\*innen bestraft werden könnten und zukünftig zu Stimmenverluste führen könnten (Debus, 2009, S. 46). Somit schreibt Debus (2009, S. 61) solchen Vorwahlallianzen mehr Aussagekraft bei der Erklärung von Regierungsbildungsprozessen zu als *policy*-orientierten Ansätzen. Außerdem kommt auch dem Ausschließen bestimmter Parteien als Koalitionspartner eine wichtige Rolle zuteil. So gilt es als unwahrscheinlich, dass sich eine Koalition aus Parteien bildet, bei der eine die andere im Vorhinein als potenziellen Koalitionspartner ausgeschlossen hat. Dieser Effekt ist besonders bei Anti-System-Parteien zu beobachten (Martin & Stevenson, 2001, S. 46). Dabei handelt es sich um Parteien, *"die zwar innerhalb des Parteiensystems agieren, die aber die Erhaltung des Parteienwettbewerbs in der gegenwirkenden Form negieren. In ihren programmatischen Erklärungen und ihrem strategischen Vorgehen wird das bestehende politische System von Anti-System-Parteien zumindest in Frage gestellt."* (Jun, 1994, S. 71) Aber nicht nur solche systemfeindliche Parteien werden von anderen Parteien aus der Koalitionsbildung ausgeschlossen. Die Untersuchungen von Martin und Stevenson (2001, S. 46) zeigen, dass auch Parteien, die zwar als koalitionsfähig gelten und somit keine Anti-System-Parteien darstellen, vom Regierungsbildungsprozess ausgeschlossen werden können, wenn sie auch nur vereinzelte systemfeindliche Positionen verfechten. Dies verdeutlicht, dass kontextuelle Faktoren einen wichtigen Aspekt bei der Analyse von Koalitionsbildungsprozessen darstellen. Schließlich können länderspezifische Faktoren wie politisch-kulturelle und historische Variablen einen Einfluss auf diese Prozesse haben (Kropp et al., 2002, 32f.). So gilt es in Deutschland als *„Konsens der Demokraten“* (Rudzio, 2002, S. 45) nicht mit als anti-demokratisch eingestuft Parteien zu koalieren und Parteien rechts der Union nicht im Regierungsbildungsprozess zu berücksichtigen (Kof, 2021, S. 9). Solche landesspezifischen, kontextuellen Faktoren gelten folglich als unerlässlich für eine umfassende Betrachtung von Koalitionsbildungen (Müller, 2009, S. 19).



Ein letzter institutioneller Faktor, der hier vorgestellt wird und der auf die Regierungsbildung einwirken kann, ist das Parteiensystem eines Landes, welches durchaus eine relevante Rolle spielen kann (Kropp et al., 2002, 26ff.). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Wahrscheinlichkeit von Minderheitsregierungen wächst, wenn die verschiedenen Parteien ideologisch weit auseinander liegen, also das Mehrparteiensystem stark polarisiert ist (Martin & Stevenson, 2001, S. 43). Als stark polarisiert gilt ein Parteiensystem, wenn die politischen Inhalte der Parteien auf der Links-Rechts-Achse weit voneinander entfernt liegen und diese Differenzen bei den Parteien von großer Bedeutung sind. Der Prozess der Koalitionsbildung fällt in solchen stark polarisierten Parteiensystemen besonders schwer aus. Das liegt daran, dass es hier weit schwieriger ist politische Übereinstimmungen zwischen den Parteien zu finden, als bei weniger stark polarisierten Parteiensystemen, weil die politischen Präferenzen weit auseinander liegen und die Differenzen somit sehr groß sind. Aus dieser Problematik kann resultieren, dass gebildete Regierungen instabil sind und sich vorzeitig auflösen. Aber auch komplette „Koalitionsblockaden“ können sich aus einem stark polarisierten Mehrparteiensystem ergeben. Ein wesentlicher Faktor hierfür können auch die im vorherigen Absatz thematisierten Anti-System-Parteien darstellen, die in polarisierten Parteiensystemen verstärkt vorkommen und als potenzieller Koalitionspartner im Normalfall ausgeschlossen werden (Jun, 1994, S. 71).

## 2.2 Hypothesenbildung

Im Folgenden werden aus den vorgestellten Koalitionstheorien und koalitionstheoretische Ansätzen Hypothesen gebildet, die zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen. Hierbei ist es wichtig zu erwähnen, dass aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit nicht alle Theorien und Ansätze miteinbezogen werden können. Um ein möglichst aussagekräftiges Ergebnis zu erzielen, wird bei der Hypothesenbildung selbstverständlich darauf geachtet, die relevantesten Theorien heranzuziehen. Dabei darf jedoch Folgendes nicht außer Acht gelassen werden: *„Any selection of hypotheses from such a theoretically sophisticated field will surely overlook some worthwhile contributions.“* (Martin & Stevenson, 2001, S. 34) Dennoch konnten Bräuninger und Debus (2008, S. 330) zeigen, dass auch eine geringe Anzahl relativ allgemeiner und einfacher

Koalitionstheorien bereits dazu in der Lage ist, mehr als drei Viertel der Koalitionen auf deutscher Bundesebene zu erklären.

Zwar wurde im vorherigen Abschnitt Kritik an rein *office*- und *policy*-orientierten Theorien geäußert, trotzdem zeigen Untersuchungen, dass die Koalitionsgröße und die Politikpräferenzen eine wesentliche Rolle im Regierungsbildungsprozess spielen (Martin & Stevenson, 2001, S. 43; Bäck, 2003, S. 465). So stellt bereits die *minimal winning coalition* Theorie eine deutliche Verbesserung der Koalitionsvorhersage dar (Martin & Stevenson, 2001, S. 41). Es wird also zunächst angenommen, dass eine Koalition gebildet wird, die nur aus Parteien besteht, die zur Parlamentsmehrheit notwendig sind (H1).

Folgt man dem Ansatz Rikers (1962), der mit seiner *minimum winning coalition* Theorie an die *minimal winning* Theorie anknüpft und damit annimmt, dass Parteien die Koalitionen präferieren, die mit der geringsten Anzahl an Parlamentssitzen die absolute Mehrheit erreichen, dann ist eine kleinstmögliche Gewinnkoalition mit der geringsten Anzahl an Sitzen zu erwarten (H2).

Auch der Ansatz der *bargaining proposition* nach Leiserson (1968) wird im Folgenden überprüft, schließlich zeigten Berechnungen, dass die *bargaining proposition* noch vor der Theorie der *minimal winning coalition* und der der *minimum winning coalition* die besten Vorhersagen liefert (Müller, 2009, S. 7). Somit wird hierbei die Gewinnkoalition, die die wenigsten Parteien beinhaltet, erwartet (H3).

Ausgenommen aus der Untersuchung wird der Ansatz der dominanten Partei, also der Idee, dass die Partei mit dem größten Sitzanteil Teil der Regierung sein wird. Schließlich zeigen Martin und Stevenson (2001, S. 43), dass nicht allein die Parteiengröße zur Erklärung herangezogen werden kann, welche Parteien in die Regierung kommen.

Aus den herausgearbeiteten *office*-orientierten Koalitionstheorien ergeben sich also folgende Hypothesen:

*H1: Eine Koalition, die nur aus zur Parlamentsmehrheit notwendigen Parteien besteht wird gebildet.*

*H2: Die kleinstmögliche Gewinnkoalition mit der geringsten Anzahl an Sitzen wird gebildet.*

*H3: Die Gewinnkoalition mit den wenigsten Parteien wird gebildet.*

Auch auf Axelrods (1979) Theorie der *minimal connected winning coalition* wird in der folgenden Untersuchung verzichtet, da es sich dabei lediglich um eine Erweiterung der *minimal winning* Theorie handelt, die den *policy*-Aspekt der *office*-Orientierung unterordnet. Stattdessen wird De Swaans (1973) *minimal range coalition* Theorie überprüft, bei der die *policy*-Orientierung im Fokus steht und davon ausgegangen wird, dass Parteien eher gemeinsam koalieren, wenn ihre politische Distanz bzw. *policy distance* auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala gering ist. Bei De Swaans Modell der *minimal range coalition* wird also die kleinstmögliche Gewinnkoalition mit der geringsten ideologischen Distanz erwartet (H4).

Die aktuelle Forschung zeigt, dass der Ansatz des *median legislators* durchaus seine Berechtigung hat. So stützen empirische Analysen, dass die Medianpartei mit größerer Wahrscheinlichkeit ein Teil der gebildeten Koalition wird (Müller, 2009, S. 12; Martin & Stevenson, 2001, S. 43). Dies legt die Annahme nahe, dass die Partei, die den *median legislator* stellt, eine besonders große Rolle bei der Regierungsbildung spielt (H5). Eine weiterer *policy*-orientierter Ansatz, der untersucht wird, ist die Theorie der *policy horizons* nach Warwick (2006), die der Annahme folgt, dass Parteien über einen gewissen Politikhorizont verfügen und nur Koalitionen mit anderen Parteien eingehen, wenn deren Politikhorizont möglichst stark mit dem eigenen übereinstimmt. Es wird also erwartet, dass eine Koalition nur zustande kommt, wenn die Politikinhalte nicht über den Politikhorizont der jeweiligen Parteien hinausreichen (H6).

Aus den herausgearbeiteten *office*-orientierten Koalitionstheorien ergeben sich somit folgende Hypothesen:

*H4: Die kleinstmögliche Gewinnkoalition mit geringster ideologischer Distanz wird gebildet.*

*H5: Die Partei, die den median legislator stellt, hat besonderen Einfluss auf Regierungsbildung.*

*H6: Eine Koalition kommt nur zustande, wenn die Politikinhalte nicht über den Politikhorizont der jeweiligen Parteien hinausreichen.*

Weiterhin werden auch institutionelle und kontextuelle Faktoren überprüft, da aktuelle Forschungen zeigen, dass reine *office-* und *policy-*orientierte Modelle lediglich einen geringen Anteil an Koalitionen korrekt hervorsagen und erklären können. Das Einbeziehen kontextueller und institutioneller Faktoren gilt somit als unerlässlich (Martin & Stevenson, 2001, S. 47). Dies ist insbesondere bei länderspezifischen Untersuchungen, wie dieser Arbeit, der Fall. Schließlich können Theorien, die institutionelle und kontextuelle Faktoren außer Acht lassen, allein höchstens länderübergreifende Beobachtungen erklären (Strøm et al., 1994, S. 306). Trotz der herausgearbeiteten Relevanz institutioneller und kontextueller Faktoren wird bei dieser Arbeit auf das Untersuchen des bundespolitischen Einflusses auf die Koalitionsbildung in Thüringen 2019/20 verzichtet, da Jun (1994, S. 235) in seiner Forschung keinen ausschlaggebenden Einfluss der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat auf den Regierungsprozess der deutschen Länder feststellen kann. Dagegen verdeutlichen empirische Analysen, dass bereits bestehende Koalitionen mit höherer Wahrscheinlichkeit wieder koalieren werden (Martin & Stevenson, 2001, S. 46). Demnach ist eine Koalitionsbildung wahrscheinlich, die bereits amtierende Regierungskoalition ist (H7).

Auch der Einfluss vor der Wahl getätigter Koalitionsaussagen wird untersucht. Wobei sich hierbei auf vorherige Ausschlüsse bestimmter Parteien konzentriert wird, da diese im Zuge der Regierungsbildung in Thüringen 2019/20 stark diskutiert wurden. Es wird also angenommen, dass vor der Wahl geäußerte Koalitionsausschlüsse die spätere Regierungsbildung stark beeinflussen (H8).

Ein letzter Faktor, der in dieser Arbeit überprüft wird, ist die Polarisierung des Parteiensystems und die Annahme, dass bei einer hohen Polarisierung des Parteiensystems mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Minderheitsregierung gebildet wird (H9).

Aus den herausgearbeiteten kontextuellen und institutionellen Faktoren ergeben sich also folgende Hypothesen:

*H7: Die bereits amtierende Regierungskoalition wird gebildet.*

*H8: Vor der Wahl getroffene Koalitionsaussagen beeinflussen die Koalitionsbildung.*

*H9: Bei hoher Polarisierung des Parteiensystems wird mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Minderheitsregierung gebildet.*

### 3 Methodisches Vorgehen

Die Analyse der Regierungsbildung in Thüringen nach der Landtagswahl 2019 folgt keinem Hypothesen-übergreifenden Forschungsdesign. Stattdessen wird sich diese Bachelorarbeit der Beantwortung der Forschungsfrage anhand eines Methoden-Mixes nähern. Mithilfe von qualitativen inhaltlichen Analysen sowie auch quantitativer Datenanalysen untersucht das folgende Kapitel, inwiefern sich gängige Koalitionstheorien dafür eignen, den Koalitionsbildungsprozess 2019/20 in Thüringen zu erklären.

Damit handelt es sich um ein Y-zentriertes Forschungsdesign (Ganghof, 2019, 25ff.), bei dem untersucht wird, welche Koalitionstheorien (X-Variablen) den Regierungsbildungsprozess in Thüringen 2019/20 (Y-Variable) erklären können.

Aufgrund der sechs im thüringischen Landtag vertretenen Parteien ergeben sich 56 verschiedene Koalitionsmöglichkeiten<sup>1</sup>. Angesichts dieser Vielzahl an möglichen Koalitionen und des begrenzten Umfangs dieser Arbeit, ist es notwendig diese einzugrenzen. Hierfür wird sich während der Analyse auf die Frage konzentriert, ob laut der jeweiligen Koalitionstheorie die rot-rot-grüne Minderheitsregierung - bestehend aus den Parteien DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - oder die Kemmerich-Koalition aus CDU, AfD und FDP wahrscheinlicher ist. Bei der Analyse kann aufgrund des begrenzten Umfangs auch nicht auf alle dargestellten Theorien eingegangen werden, weswegen im vorangegangenen Abschnitt bereits eine Eingrenzung dieser stattfand.

Die Hypothesen 1 bis 3 fokussieren sich auf das numerische Wahlergebnis bzw. auf die Sitzstärke der Parteien. Um diese Hypothesen zu untersuchen, werden Daten zur Zusammensetzung des 7. thüringischen Landtags herangezogen und auf Grundlage eigener Berechnungen ausgewertet. Die Daten hierfür werden der thüringischen Wahl-Datenbank (Thüringer Landesamt für Statistik, 2019) entnommen.

---

<sup>1</sup> Dies ergibt sich aus der Berechnung mit dem Binomialkoeffizienten.

$$\binom{n}{k} = \frac{n!}{k! \cdot (n-k)!}$$

Einparteienregierungen sowie eine Allparteienkoalition werden dabei ausgeschlossen. Die Anzahl N aller möglichen Koalitionen ist damit:

$$N = \binom{6}{5} + \binom{6}{4} + \binom{6}{3} + \binom{6}{2} = 56$$

Für die Untersuchung der Hypothesen 4 und 5 wird eine eindimensionale Rechts-Links-Skala verwendet. „*Dabei geht es nicht nur um die Positionierung der jeweiligen Parteien, sondern um die genauen Messwerte dieser Positionierung. Anhand dieser Werte werden die jeweiligen ideologischen Distanzen zwischen den einzelnen Parteien manuell berechnet.*“ (Kielbassa, 2021, S. 9) Die Daten hierzu werden Bräuninger et al. (2020, S.308f.) entnommen. Dabei handelt es sich um landesspezifische Daten, die sich aus einer Analyse der verfassten Landtagswahlprogramme von 1990 bis 2019 ergeben (Bräuninger et al., 2020, S.44ff.). Damit können die Hypothesen anhand von Daten, die speziell das Thüringer Parteiensystem zum Zeitpunkt der besagten Wahl 2019 betreffen, überprüft werden.

Auch für die Hypothese 6 wird auf die Daten von Bräuninger et al. (2020, S.308f.) zurückgegriffen. Anstatt der parteiideologischen Einordnung auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala, wird hier aber die Links-Rechts-Einordnung der Thüringer Parteien in einem zweidimensionalen Modell zur Hand genommen. Warwick (2006, S.32) konzentriert sich dabei auf die Anordnung der Parteien auf einer Links-Rechts-Achse sowie einer *clerical-secular*-Achse, also der Konfliktlinie zwischen Kirchenbindung und keiner Kirchenbindung. Für die Untersuchung der *policy horizons* Theorie wird stattdessen eine wirtschafts- sowie eine gesellschaftspolitische Achse verwendet, da diese landesspezifischen sozioökonomischen und politisch-kulturellen Faktoren eine wichtige Rolle in den Bundesländern spielen (Bräuninger et al., 2020, S.209). Um die jeweiligen Horizonte der Parteien zu modellieren, werden zunächst ihre Kompromisspunkte berechnet, also der Wert, der den Kompromiss darstellt, den eine Partei bereit ist einzugehen. Dafür müsse zunächst Daten aus vergangenen Wahlen herangezogen werden (Warwick, 2006, S.28). Hierzu werden die Thüringer Regierungskoalitionen von 1990 bis 2014 aus der thüringischen Wahl-Datenbank (Thüringer Landesamt für Statistik, 2019) entnommen und anhand der damaligen Idealpunkte der koalierenden Parteien der jeweilige Regierungsschwerpunkt berechnet. Aus der Differenz der Regierungsschwerpunkte und der einzelnen Idealpunkte ergibt sich schließlich die Kompromissbereitschaft auf der gesellschaftspolitischen sowie der wirtschaftspolitischen Achse der jeweiligen Partei. Der folgende Schritt verlangt, anhand dieser Berechnungen *policy horizons* zu modellieren (Warwick, 2006, S.28). Aufgrund der geringen Datenmenge,

die aus den fünf vergangenen Koalitionen in Thüringen resultiert, werden die Kompromisspunkte als Ellipsen modelliert, die den Politikhorizont einer Partei umspannen. Eine Score-basierte mathematische Auswertung der Überschneidungen ist hier nicht nötig, da diese visuell ersichtlich sind.<sup>2</sup>

Für Hypothese 7 werden wieder die Daten aus der thüringischen Wahl-Datenbank untersucht (Thüringer Landesamt für Statistik, 2019). Außerdem wird auch eine Medienanalyse durchgeführt. Hierbei wird auf die Süddeutsche Zeitung sowie die Frankfurter Allgemeine Zeitung zurückgegriffen. Bei beiden handelt es sich um relevante überregionale Tageszeitungen, die sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausrichtung besonders eignen. Für die Analyse werden die Inhalte der beiden Zeitungen in einem Zeitraum vom 01.10.2018 bis kurz nach der Wahl auf Aussagen bezüglich einer möglichen Weiterführung der aktuellen Regierung untersucht. Der Zeitraum deckt ein gutes Jahr vor der Wahl ab und sollte damit die wichtige Phase vor der Wahl beinhalten.

Zur Überprüfung von Hypothese 8 wird ebenfalls eine Medienanalyse durchgeführt. Diese basiert auf den gleichen Kriterien wie die Medienanalyse von Hypothese 7, nur dass hier die Artikel bezüglich getätigter Koalitionsaussagen untersucht werden.

Für die Untersuchung von Hypothese 9 wird wieder das mehrdimensionale Modell zur Einordnung der Parteien auf einer wirtschafts- sowie einer gesellschaftspolitischen Achse verwendet, das auf den Daten von Bräuninger et al. (2020, S.308f.) basiert. Anhand der Parteipositionierungen, die sich aus den Daten ergeben, wird dann die Polarisierung des Parteiensystems untersucht.

#### 4 Analyse des Regierungsbildungsprozesses in Thüringen

Der Regierungsbildungsprozess nach der Landtagswahl in Thüringen fand unter besonderen Bedingungen statt, da das Wahlergebnis eine komplizierte Ausgangslage für die Koalitionsbildung ergab. DIE LINKE wurde mit 31,0 % erstmals stärkste Kraft im Landtag. An zweiter Stelle folgte die AfD mit 23,4 %. Die CDU erzielte mit 21,7 % ihr bis dato schlechtestes Ergebnis im Thüringer Landtag und auch die SPD konnte mit 8,2 % keinen

---

<sup>2</sup> Die Berechnung und Darstellung erfolgten mit Hilfe des *iPython Notebooks*: [https://colab.research.google.com/drive/10fVZPFyBafJMVREBYQermFLgG3k4CwOF?usp=sharing#scrollTo=y2D\\_RLw\\_U4u](https://colab.research.google.com/drive/10fVZPFyBafJMVREBYQermFLgG3k4CwOF?usp=sharing#scrollTo=y2D_RLw_U4u)

Erfolg verzeichnen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichten 5,2 % der Wählerstimmen und der FDP gelang es mit 5,0066 % denkbar knapp die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Aus diesem Wahlergebnis ergeben sich für DIE LINKE 29, für die AfD 22, für die CDU 21, für die SPD 8 und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP jeweils 5 Sitze im thüringischen Landtag. Die Gesamtzahl der Sitze beträgt 90 (Thüringer Landesamt für Statistik, 2019).

Tabelle 1: Sitzverteilung im 7. Thüringer Landtag

Fraktion	Sitze
DIE LINKE	29
AfD	22
CDU	21
SPD	8
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5
FDP	5

(eigene Darstellung; alle Daten sind dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019 entnommen)

Das folgende Kapitel untersucht auf Basis der herausgearbeiteten Hypothesen, inwiefern sich der Regierungsbildungsprozess unter diesen schwierigen Bedingungen in Thüringen 2019/20 mit den gängigen Koalitionstheorien und -ansätzen erklären lässt.

## 4.1 Office-orientierte Theorie

Zunächst untersucht dieses Kapitel die ersten drei Hypothesen, die anhand der *office*-orientierten Theorien herausgearbeitet wurden. Der erste Abschnitt widmet sich der *minimal winning coalition* Theorie (H1), darauf folgt die *minimum winning coalition* Theorie (H2) und anschließend wird die *bargaining proposition* (H3) untersucht.

### 4.1.1 Minimal winning coalition

Die Theorie der *minimal winning coalition* nach von Neumann und Morgenstern (1944) besagt, dass die Koalitionen am wahrscheinlichsten sind, die nur aus Parteien bestehen, die zur Parlamentsmehrheit notwendig sind (H1).

Bei 90 Sitzen im thüringischen Landtag hat also eine Koalition die Mehrheit, wenn sie



46 oder mehr Sitze innehat. Um als *minimum winning coalition* zu gelten, ist es zudem wichtig, dass nur so viele Parteien in einer Koalition enthalten sind, wie zur Mehrheit notwendig sind. Das bedeutet, dass eine Koalition keine Mehrheit im Landtag mehr hat, sobald eine Fraktion aus der Koalition austritt.

Tabelle 2: *minimal winning coalitions* im 7. Thüringer Landtag

Option	Koalition	Sitze
A	CDU + DIE LINKE	50
B	CDU + AfD + SPD	51
C	CDU + AfD + BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	48
D	CDU + AfD + FDP	48
E	DIE LINKE + SPD + BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP	47
F	DIE LINKE + AfD	51

(Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der Daten aus dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019.)

Somit wären eine Koalition aus CDU und DIE LINKE, eine aus CDU, AfD und SPD, eine aus CDU, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eine aus CDU, AfD und FDP, eine aus DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie eine aus DIE LINKE und AfD je eine mögliche *minimal winning* Koalition. Schließlich verfügen all diese Koalitionsoptionen über eine Mehrheit von mindestens 46 Sitzen im Parlament. Außerdem würde diese Mehrheit bei einem Austritt eines Koalitionspartners nicht mehr erreicht werden, was ein weiteres Kriterium einer *minimal winning coalition* darstellt. Welche dieser sechs Koalitionsoptionen am wahrscheinlichsten ist, lässt sich anhand der *minimal winning coalition* jedoch nicht bestimmen, sodass allen Optionen eine gleich hohe Wahrscheinlichkeit von 16,7 % zugeschrieben wird.

Von den zu überprüfenden beiden Koalitionen, der rot-rot-grünen Minderheitskoalition bestehend aus den Parteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kemmerich-Koalition bestehend aus FDP, CDU und AfD, findet sich lediglich letztere unter den möglichen *minimal winning* Koalitionen wieder (Option D). Die Koalition aus DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird von der *minimal winning coalition* Theorie nicht vorhergesagt, da sie mit insgesamt 42 Parlamentssitzen keine Mehrheit

im Landtag innehat. Damit stellt sie keine Gewinnkoalition, sondern eine Minderheitskoalition dar und gilt nicht als *minimal winning coalition*.

Folgt man der *minimal winning coalition* Theorie gilt die Kemmerich-Koalition als wahrscheinlicher, als die rot-rot-grünen Minderheitskoalition. Das *minimal winning* Modell eignet sich somit nicht, um den Regierungsbildungsprozess in Thüringen zu erklären. Zwar bildete sich nach der Landtagswahl in Thüringen zunächst die Kemmerich-Koalition, allerdings kann dabei nicht von einer wirklichen Koalition die Rede sein, da sich die betroffenen Parteien nicht proaktiv zusammenschlossen. Außerdem handelt es sich dabei nicht um das finale Ergebnis des Regierungsbildungsprozesses, an dessen Ende die Minderheitsregierung aus den Parteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht. Diese tatsächlich gebildete Koalition stellt keine von den sechs vorhergesagten Koalitionsoptionen dar. Trotz der relativ hohen Anzahl an möglichen Koalitionen, die die *minimal winning coalition* Theorie vorhersagt, ist sie also nicht in der Lage den thüringischen Regierungsbildungsprozess 2020 zu erklären.

#### 4.1.2 *Minimum winning coalition*

Mit seiner Theorie der *minimum winning coalition* baut Riker (1962) auf der Theorie der *minimal winning coalition* auf und ermöglicht mit seiner Annahme, dass Parteien die Koalitionen bevorzugen, die die absolute Mehrheit mit der geringsten Anzahl an Sitzen erreichen, eine Einschränkung der *minimal winning* Koalitionsoptionen. Demnach ist die kleinstmögliche Gewinnkoalition zu erwarten, die am wenigsten Parlamentssitze innehat (H2).

Angesichts der 90 Sitze im Thüringer Landtag wird angenommen, dass die Koalition am wahrscheinlichsten ist, die die Mehrheit von 46 Sitzen nur knapp übersteigt. Bei Betrachtung der sechs möglichen Gewinnkoalitionen, die im vorherigen Abschnitt bereits ermittelt wurden, fällt auf, dass alle Koalitionsoptionen die Mehrheit mit maximal fünf Sitzen relativ knapp überschreiten. Option E, eine Koalition aus DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP ist mit 47 Sitzen die Koalition, die mit der geringsten Sitzanzahl die absolute Mehrheit besitzt. Damit ist sie laut dem *minimum winning coalition* Modell die wahrscheinlichste Koalitionsoption.

Tabelle 3: *minimal winning coalitions* im 7. Thüringer Landtag; aufsteigend nach Sitzzahl geordnet

Option	Koalition	Sitze
E	DIE LINKE + SPD + BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP	47
C	CDU + AfD + BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	48
D	CDU + AfD + FDP	48
A	CDU + DIE LINKE	50
B	CDU + AfD + SPD	51
F	DIE LINKE + AfD	51

(Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der Daten aus dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019)

Im Vorfeld der Landtagswahl in Thüringen 2019 wurde diese Option – bestehend aus DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – nicht thematisiert (Süddeutsche Zeitung, 26.10.2019). Im tatsächlichen Regierungsbildungsprozess gleich nach der Wahl, als das Ergebnis bereits bekannt war, schloss die FDP eine Koalition mit der Partei DIE LINKE aus, womit auch Option E nicht mehr möglich war (Süddeutsche Zeitung, 28.10.2019).

Das Modell der *minimum winning coalition* sagt zunächst also weder die Kemmerich-Koalition, noch die rot-rot-grüne Minderheitsregierung voraus. Erstere liegt mit 48 Sitzen allerdings nur zwei Parlamentssitze über der benötigten Sitzanzahl von 46 und mit nur einem Sitz lediglich minimal über der Option E. Gleichauf mit der Kemmerich-Koalition liegt die Koalition aus CDU, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Option C), die in der Realität wie Option E ebenfalls nicht zur Debatte stand (Süddeutsche Zeitung, 28.10.2019).

Laut *minimum winning coalition* Theorie gilt die Koalition aus CDU, AfD und FDP als wahrscheinlicher als die rot-rot-grüne Minderheitsregierung unter Bodo Ramelow. Da die Kemmerich-Koalition durch das Modell der *minimum winning coalition* jedoch nicht als wahrscheinlichste Option vorhergesagt wurde und dessen Bildung auch nicht das Endergebnis des Koalitionsbildungsprozesses in Thüringen darstellt, eignet sich diese Theorie nicht, um die Regierungsbildung in Thüringen zu erklären.

#### 4.1.3 Bargaining proposition

Neben Riker (1962), baut auch Leiserson (1968) mit seinem Ansatz der *bargaining proposition* auf die *minimal winning coalition* Theorie von von Neumann und Morgenstern (1944) auf und ermöglicht damit, diese einzugrenzen. Er nimmt dabei an, dass Parteien die Koalitionsoptionen vorziehen, die am wenigsten Parteien beinhaltet und dennoch die absolute Mehrheit innehat. Bei diesem Ansatz wird also die Gewinnkoalition erwartete, die die wenigsten Parteien umfasst (H3). Dadurch soll erreicht werden, dass die jeweiligen Parteien die Anzahl ihrer Kabinettsposten maximieren können (Gross, 2016, S. 63), sich die Verhandlungen leichter abschließen lassen und der Zusammenhalt der gebildeten Koalition leichter fällt (Leiserson, 1968, S. 775).

In Thüringen wäre somit die Koalition am wahrscheinlichsten, die mit den wenigsten Parteien, die Sitzanzahl von 46 erreicht und somit als *minimal winning coalition* gilt. Demnach müssten also entweder Option A, die Koalition aus CDU und DIE LINKE oder Option F, die Koalition aus DIE LINKE und AfD gebildet werden, da diese Koalitionen aus lediglich zwei Parteien bestehen. Beide Varianten standen im tatsächlichen Regierungsbildungsprozess aber nicht zur Debatte, da die CDU eine Koalition mit der Linken ausschloss und DIE LINKE die Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch ablehnt (Süd-deutsche.de, 28.10.2019).

Tabelle 4: *minimal winning coalitions* im 7. Thüringer Landtag; aufsteigend nach Parteienanzahl geordnet

Option	Koalition	Sitze
A	CDU + DIE LINKE	50
F	DIE LINKE + AfD	51
C	CDU + AfD + BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	48
D	CDU + AfD + FDP	48
B	CDU + AfD + SPD	51
E	DIE LINKE + SPD + BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP	47

(Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der Daten aus dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019)

Die Koalition aus CDU, AfD und FDP wird bei diesem Ansatz als weniger wahrscheinlich angesehen, da es sich dabei um eine Koalition aus drei Parteien handeln würde. Ebenso verhält es sich mit den Optionen C und B, die laut diesem Ansatz gleich wahrscheinlich sind wie die Kemmerich-Koalition. Die tatsächlich gebildete Koalition aus DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird hier - wie in den beiden vorherigen office-orientierten Theorien - nicht für wahrscheinlich gehalten, da es sich dabei um eine Minderheitsregierung handelt.

Auch dieses Modell schätzt die Kemmerich-Koalition als wahrscheinlicher ein als die rot-rot-grüne Minderheitsregierung. Dabei fällt auf, dass die Argumente, die für die *bargaining proposition* sprechen, nicht auf die Kemmerich-Koalition zutreffen. Schließlich soll durch die geringe Parteienanzahl der eigene Anteil an Kabinettsposten der jeweiligen Parteien maximiert werden (Gross, 2016, S. 63) und die Verhandlungen möglichst reibungslos vonstattengehen (Leiserson, 1968, S. 775). Da es sich bei der Kemmerich-Koalition aber um keine wirkliche Koalition handelt und es somit auch keine Koalitionsverhandlungen und eine Aufteilung der Kabinettsressorts gab, kann dieser Faktor kein Grund für diesen Zusammenschluss sein. Auch der Aspekt, dass Koalitionen mit weniger Parteien nicht so leicht auseinanderfallen (Leiserson, 1968, S. 775) kann hier nicht bestätigt werden, da der nicht ganz freiwillige Bund aus CDU, AfD und FDP nicht lange hielt und das finale Ergebnis des Regierungsbildungsprozesses die Minderheitsregierung aus DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist.

Es zeigt sich also auch hier das Problem, das sich auch schon in den beiden vorangegangenen Abschnitten abzeichnete. Es kann also als grundlegendes Problem von *office*-orientierten Koalitionstheorien gelten, dass sie grundsätzlich nur Gewinnkoalitionen erwarten und Minderheitsregierungen komplett außer Acht lassen. Weiterhin werden mehrere Optionen für gleich wahrscheinlich gehalten und damit auch viele Koalitionen vorhergesagt, deren Bildung in der Realität höchst unrealistisch ist, da die Parteien ein gemeinsames Koalieren ausschließen. Die reinen *office*-orientierten Ansätze stellen also kein adäquates Mittel zu Erklärung des Regierungsbildungsprozesses in Thüringen nach der Landtagswahl 2019 dar.

## 4.2 Policy-orientierte Theorien

In den folgenden Abschnitten geht es darum, die Hypothesen, die auf Grundlage der *policy*-orientierten Theorien aufgestellt wurden, zu prüfen. Dabei untersucht der nächste Abschnitt zunächst die *minimal range coalition* Theorie. Des Weiteren wird der Ansatz des *median legislators* überprüft und schließlich die *policy horizons* Theorie betrachtet.

### 4.2.1 Minimal range coalition

Die Koalitionstheorie der *minimal range coalition*, die auf De Swaan (1973) zurückgeht baut auf den *minimal winning* Ansatz der *office*-orientierten Theorien auf, stellt aber die *policy*-Orientierung der Parteien ins Zentrum. In diesem Modell wird erwartet, dass Parteien eher miteinander koalieren, wenn ihre Positionen auf einer eindimensionalen Link-Rechts-Achse nicht weit auseinander liegen. Die kleinstmögliche Gewinnkoalition mit der geringsten *policy distance* wird somit am wahrscheinlichsten gebildet (H4). Zur Übertragung dieses Modells auf die Regierungsbildung in Thüringen, dienen die von Bräuninger et al. (2020) erhobenen Daten der deutschen Parteien auf Länder-ebene. Zur Einordnung der jeweiligen Parteipositionen auf der Links-Rechts-Achse wurde den Parteien ein Wert zwischen 0 und 20 zugeordnet, wobei der Wert 0 für eine extrem linke und der Wert 20 für eine extrem rechte Position der jeweiligen Partei auf der eindimensionalen Links-Rechts-Achse steht.

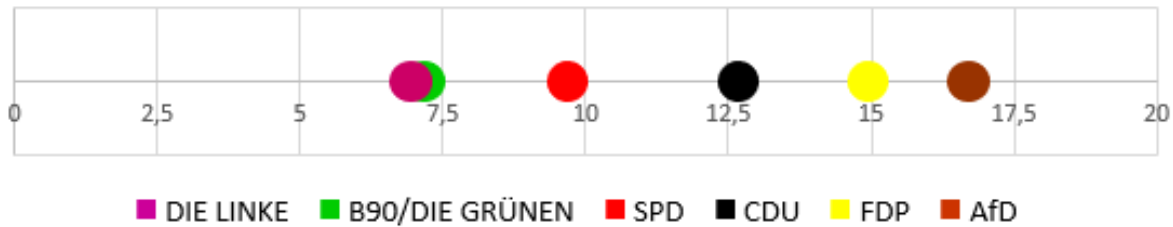
Tabelle 5: Links-Rechts-Positionierung und Sitzanzahl der Fraktionen im 7. Thüringer Landtag

Fraktion	DIE LINKE	B90/DIE GRÜNEN	SPD	CDU	FDP	AfD
Sitze	29	5	8	21	5	22
LR-Wert	6,94	7,16	9,69	12,67	14,93	16,7

(Eigene Darstellung; alle Daten wurden dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019 und Bräuninger et al. 2020 entnommen)

Für die thüringischen Landesfraktionen ergibt sich daraus folgende ideologische Anordnung der Parteien von links nach rechts sortiert: DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU, FDP und AfD.

Abbildung 1: Links-Rechts-Positionierung der Parteien im 7. Thüringer Landtag



(Eigene Darstellung; alle Daten wurden Bräuninger et al. 2020 entnommen)

Um die Theorie der *minimal range coalition* zu prüfen, müssen die minimalen Gewinnkoalitionen, die bereits in Abschnitt 4.1.1 herausgearbeitet wurden, betrachtet werden und die ideologische Distanz zwischen den Koalitionsparteien der verschiedenen Optionen berechnet werden. Diese ergibt sich aus der Differenz der jeweiligen Werte der Parteipositionierung.

Die Werte von den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD liegen mit 6,94, 7,16 und 9,69 links der Mitte und die Werte von CDU, FDP und AfD mit 12,67, 14,93 und 16,7 rechts der Mitte. Somit ergeben sich für die Optionen C, E und F vergleichsweise hohe *policy*-Distanzen zwischen den potentiellen Koalitionspartnern. Laut *minimal range coalition* Theorie gilt die Gewinnkoalition am wahrscheinlichsten, die die geringste *policy*-Distanz aufweist. Im Fall der Thüringer Landtagswahl 2019 trifft diese Beobachtung auf die Kemmerich-Koalition, also die Koalition aus CDU, FDP und AfD zu. Diese weist mit einer Differenz von 4,03 die geringste *policy distance* auf und wird somit im *minimal range coalition* Modell vorhergesagt.

Tabelle 6: *minimal winning coalitions* und ihre Sitzanzahl sowie ihrer ideologischen Distanz im 7. Thüringer Landtag

Option	Koalition	Sitze	LR-Diff.
A	CDU + DIE LINKE	50	5,73
B	CDU + AfD + SPD	51	7,01
C	CDU + AfD + BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	48	9,54
D	CDU + AfD + FDP	48	4,03
E	DIE LINKE + SPD + BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP	47	7,99
F	DIE LINKE + AfD	51	9,76

(Eigene Darstellung und Berechnung; alle Daten wurden dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019 und Bräuninger et al. 2020 entnommen)

Wie auch in den *office*-orientierten Theorien zeigt sich, dass die tatsächlich gebildete rot-rot-grüne Regierung unter Bodo Ramelow aufgrund ihres Status als Minderheitsregierung nicht von dem Modell berücksichtigt wird. Der *minimal winning* Aspekt erweist sich somit auch hier als Schwachstelle und Hindernis zur Erklärung des Regierungsbildungsprozesses in Thüringen 2019/20.

Würde man den *minimal winning* Aspekt bei dieser Theorie außer Acht lassen und nur die *policy distance* berücksichtigen, dann wäre die Minderheitsregierung bestehend aus DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD mit einer ideologischen Distanz von 2,75 wahrscheinlicher als das Bündnis aus CDU, FDP und AfD.

#### 4.2.2 Median legislator

Van Roozendaal (1993) nimmt an, dass die Partei, die den *median legislator* stellt als *central player* einen besonderen Einfluss auf die Regierungsbildung hat. Der *median legislator* ist der\*die Abgeordnete, der\*die links und rechts neben sich auf der Links-Rechts-Achse gleich viele Abgeordnete versammelt (van Roozendaal, 1993, S. 39). Es wird also erwartet, dass die Fraktion, die den *median legislator* stellt, eine besonders große Rolle bei der Regierungsbildung spielt (H5). Schließlich kann sie aufgrund ihrer ideologisch mittigen Position mit den Parteien links und rechts von sich koalieren (van Roozendaal, 1993, S. 38).



Im 7. Thüringer Landtag sitzen insgesamt 90 Abgeordnete. Das bedeutet, dass der *median legislator* der\*die Abgeordnete ist, der\*die links von sich 44 und rechts von sich 45 oder rechts von sich 44 und links von sich 45 Abgeordnete vorfindet. Ermitteln lässt sich der *median legislator* anhand der Daten zur Links-Rechts-Positionierung der Landesfraktionen von Bräuninger et al. (2020) und der Sitzverteilung im thüringischen Landtag.

Tabelle 7: Fraktionen im 7. Thüringer Landtag anhand der Sitzanzahl links und rechts neben sich sortiert

	Sitze links	Sitze rechts
DIE LINKE	0	61
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	29	56
SPD	34	48
CDU	42	27
FDP	63	22
AfD	68	0

(Eigene Darstellung und Berechnung; alle Daten wurden dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019 und Bräuninger et al. 2020 entnommen)

Rechts neben der Linkspartei sitzen 61 Abgeordnete. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinen links neben sich 29 und rechts neben sich 56 Abgeordnete. Bei der FDP sind es rechts 22 Abgeordnete und links 63 Abgeordnete und die AfD versammelt links neben sich 68 Abgeordnete. Unter diesen vier Fraktionen findet sich der *median legislator* also nicht. Die Fraktion der SPD, die mit einem Wert von 9,69 auf der Links-Rechts-Achse die ideologisch zentrierteste Partei darstellt, weist links neben sich 34 und rechts neben sich 48 Abgeordnete auf. Somit kann der *median legislator* auch nicht in den Reihen der SPD sitzen. Dieser findet sich damit in der CDU, die links von sich 42 und rechts von sich 27 Abgeordnete vereint.

Links der CDU können DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD mit insgesamt 42 Sitzen keine Mehrheit erreichen. Die FDP und die AfD kommen gemeinsam auf 27 Parlamentssitze und können somit auch keine mehrheitsfähige Regierung bilden. Es gelingt also weder den Parteien links noch den Parteien rechts der CDU Mehrheiten zu

bilden, weswegen der CDU bei der Bildung einer ideologisch kompakten Mehrheitsregierung eine Schlüsselrolle zukommt. Für eine Gewinnkoalition bei der die Parteien ideologisch kompakt sind, also auf der Links-Rechts-Achse nebeneinander liegen, gibt es schließlich nur zwei Optionen, die beide die CDU beinhalten. Zum einen ein Zusammenschluss aus DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU oder eine Koalition aus CDU, FDP und AfD.

Nimmt man also an, dass der Partei, die den *median legislator* stellt, eine besondere Rolle im Regierungsbildungsprozess zu Teil wird, ist angesichts des Wahlergebnisses in Thüringen 2019 zu erwarten, dass die CDU die Schlüsselrolle spielt und mit höherer Wahrscheinlichkeit in der Regierungskoalition sein wird. Folglich gilt auch hier die Kemmerich-Koalition, also der Zusammenschluss aus CDU, FDP und AfD als wahrscheinlicher als die tatsächlich gebildete rot-rot-grüne Minderheitsregierung. Schließlich wird eine Minderheitsregierung in diesem Modell für unwahrscheinlich gehalten. Weiterhin berücksichtigt auch diese Theorie nicht, dass die CDU eine Zusammenarbeit mit der AfD wie auch mit der Partei DIE LINKE grundsätzlich ablehnt (Süddeutsche Zeitung, 05.03.2020). Aufgrund dessen ist es schwer für die CDU, die Rolle der Schlüsselpartei auszuführen. Somit kann das Argument des *median legislators* auch nicht herangezogen werden, um die Regierungsbildung in Thüringen 2020 zu erklären.

#### 4.2.3 Policy horizons

Die Theorie der *policy horizons* von Warwick (2006) geht davon aus, dass jede Partei über einen inhaltlichen Idealpunkt verfügt, sowie einen Politikhorizont, der anzeigt wie weit die jeweilige Partei bereit wäre, Kompromisse jenseits ihres politischen Idealpunkts einzugehen. Es wird angenommen, dass Parteien lediglich Koalitionen eingehen, wenn die Politikhorizonte der potentiellen Koalitionspartner möglichst stark mit dem eigenen übereinstimmen bzw. die Idealpunkte nicht zu weit auseinander liegen (H6).

Zur Berechnung der *policy horizons* der Thüringer Landesparteien wurden die Daten von Bräuninger et al. (2020, S. 308f.) herangezogen. Diese beinhalten die jeweiligen Idealpunkte der Parteien zum Zeitpunkt der Landtagswahlen seit 1990. Anhand der

vergangenen Regierungskoalitionen seit 1990, die der thüringischen Wahl-Datenbank (Thüringer Landesamt für Statistik, 2019) entnommen wurden und der jeweiligen Idealpunkte kann die Kompromissbereitschaft der einzelnen Parteien und somit auch deren Politikhorizonte berechnet werden. Der Wert 0 stellt hier eine extrem linke Ausrichtung dar, während der Wert 20 für eine extrem rechte Position steht.

Abbildung 2: *policy horizons* der Fraktionen im 7. Thüringer Landtag



(Eigene Darstellung und Berechnung; alle Daten wurden dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019 und Bräuninger et al. 2020 entnommen)

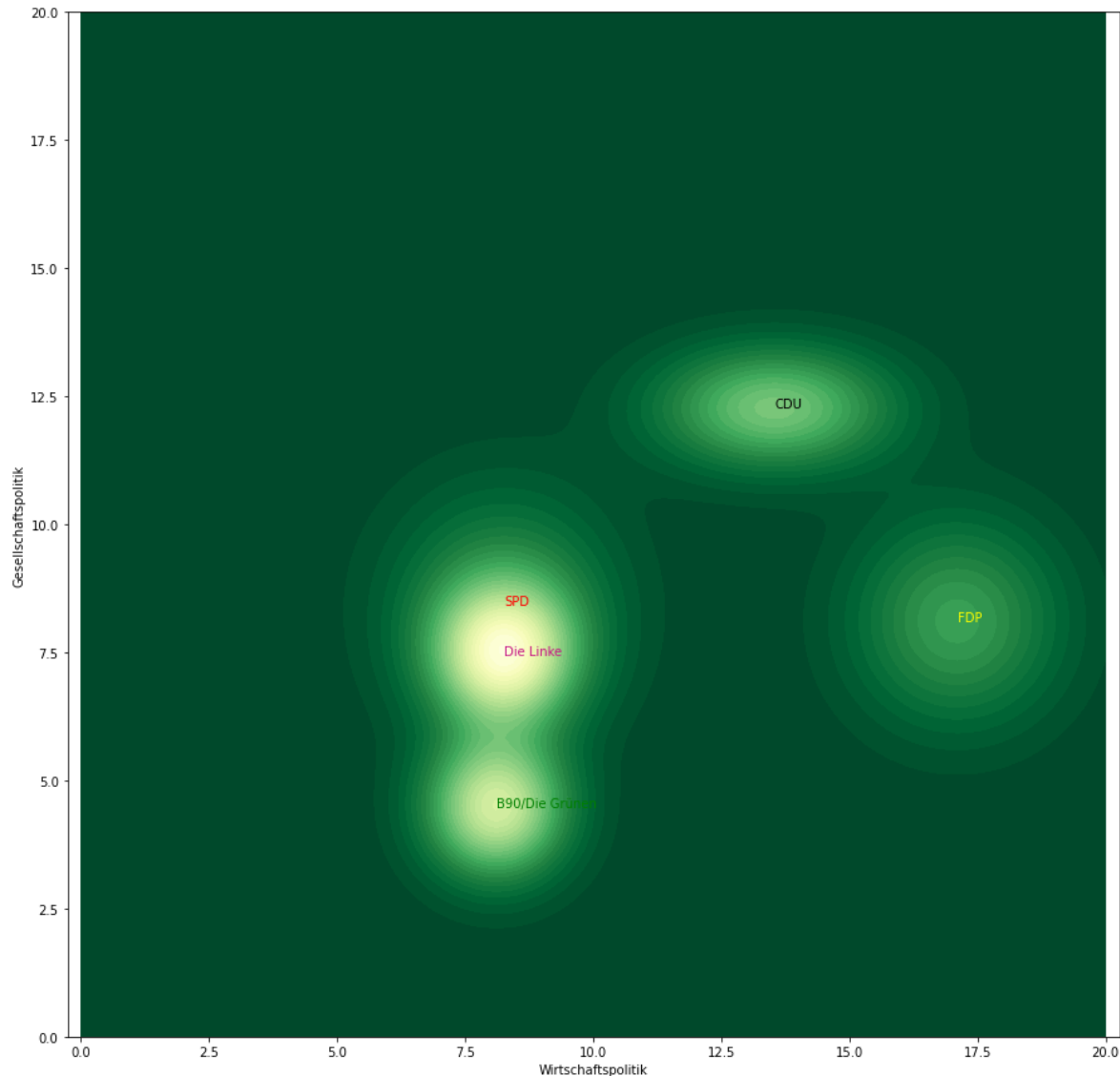
Bei Betrachtung der Politikhorizonte zeigt sich, dass die rot-rot-grüne Minderheitsregierung die größten Überschneidungen besitzt. Der *policy horizon* der Linkspartei ist

komplett in dem der SPD enthalten. Auch der Politikhorizont von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN findet sich zu einem Großteil in dem der SPD wieder. Die Überschneidung der Horizonte von den Grünen und der Linkspartei fällt dagegen eher gering aus, ist aber vorhanden.

Die Wahrscheinlichkeit der Kemmerich-Koalition, also das Bündnis aus CDU, FDP und AfD lässt sich in diesem Modell weniger leicht bestimmen, da es keine Daten zur Koalitionsbereitschaft der AfD gibt. Dies liegt daran, dass die AfD erstmals 2014 im Thüringer Landtag vertreten war und noch keine Koalition mit ihr zustande kam. Aufgrund der Ausschlüsse der AfD aus dem Koalitionsbildungsprozess durch die anderen Parteien, die im Abschnitt 4.3.2 noch genauer thematisiert werden, ist aber davon auszugehen, dass es seitens der übrigen Parteien sowieso keine Kompromissbereitschaft in Richtung der AfD gibt. Weiterhin zeigt auch schon die – im Vergleich zur rot-rot-grünen Regierung - geringe Überlappung der Politikhorizonte von CDU und FDP, dass diese Koalition laut diesem Modell unwahrscheinlicher ist. Mit Blick auf den *policy horizon* der CDU zeigt sich, dass die Partei auf wirtschaftspolitischer Ebene durchaus kompromissbereiter ist, als auf gesellschaftlicher Ebene. Dadurch ergibt sich auch eine Überschneidung der Politikhorizonte von CDU und SPD.

Basierend auf der Annahme, dass die berechneten Koalitionspunkte nur aussagen, welchen Kompromiss die Parteien bereit waren, einzugehen und nicht welchen sie in Zukunft bereit sind, einzugehen, werden die berechneten Ellipsen als 95%-Konfidenzintervall einer bivariaten Normalverteilung interpretiert (*Abbildung 3*). Dadurch ist besser ersichtlich, welche Koalitionen im Vergleich zu anderen wahrscheinlicher sind.

Abbildung 3: *policy horizons* der Fraktionen im 7. Thüringer Landtag interpretiert als 95%-Konfidenzintervall einer bivariaten Normalverteilung; geplottet sind Konturlinien der zugehörigen bivariaten Normalverteilung



(Eigene Darstellung und Berechnung; alle Daten wurden dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019 und Bräuninger et al. 2020 entnommen)

In dieser Darstellung kann man erkennen, dass die Kompromissbereitschaft von CDU und FDP zueinander ausgeprägter ist als zwischen SPD und CDU. Zudem wird deutlich, dass die Inhalte der SPD und der Linkspartei und damit auch ihre Idealpunkte sehr nahe beieinander liegen. Die Inhalte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegen ebenfalls in ihrer Nähe. Somit liegen die Inhalte der drei Parteien gegenseitig im Bereich ihrer Kompromissbereitschaft.

Es zeigt sich also, dass die Theorie der policy horizons die tatsächlich gebildete Minderheitsregierung vorhersagt und nicht die Kemmerich-Koalition. Im Gegensatz zu den vorherigen Theorien, wird hier lediglich auf die politischen Inhalte und vergangenes Koalitionsverhalten eingegangen, während keine Gewinnkoalition vorausgesetzt wird. Weiterhin berücksichtigt das Modell ein mehrdimensionales Politikspektrum und nicht nur die Parteienpositionierung auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Achse, wodurch die ideologische Positionierung der jeweiligen Parteien angemessen eingeordnet werden kann.

### 4.3 Kontextuelle und institutionelle Faktoren

Dieser Teil der Arbeit befasst sich mit den Hypothesen, die anhand kontextueller und institutioneller Faktoren, die Koalitionsbildungsprozesse beeinflussen können, gebildet wurden. Dabei wird zunächst die Idee des Amtsinhaberbonus überprüft. Anschließend folgt die Analyse der Ausschlüsse bestimmter Parteien am Koalitionsbildungsprozess durch andere Parteien. Zu guter Letzt wird die Polarisierung des Thüringer Mehrparteiensystems sowie dessen Einfluss auf den Regierungsbildungsprozess untersucht.

#### 4.3.1 Der Amtsinhaberbonus

Laut Martin und Stevenson (2001, S.46) haben bereits amtierende Regierungen eine höhere Wahrscheinlichkeit wieder gemeinsam zu koalieren (H7). Das bedeutet, dass es einen gewissen Amtsinhaberbonus für bestehende Koalitionen gibt (Bräuninger et al., 2020, S. 224). Dies ist auf das Konzept der Trägheit (*inertia*) und auf die Idee der Vertrautheit (*familiarity*) zurückzuführen. Bei Ersterem wird davon ausgegangen, dass es große Anstrengungen wie etwa komplizierte Verhandlungen erfordern kann, neue Bündnisse einzugehen. Letzteres nimmt an, dass die Wahrscheinlichkeit einer Weiterführung des Bündnisses erhöht ist, da aufgrund gemeinsamer Erfahrungen bereits eine gewisse Vertrautheit zwischen den koalierenden Parteien herrscht (Franklin & Mackie, 1983, S. 277).

Übertragen auf den Regierungsbildungsprozess in Thüringen müsste demnach die amtierende rot-rot-grüne Minderheitsregierung aus den Parteien DIE LINKE, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und SPD wahrscheinlicher sein als die Kemmerich-Koalition bestehend aus CDU, FDP und AfD.

Tatsächlich zeigte sich bei allen drei beteiligten Parteien eine hohe Bereitschaft die bestehende Koalition fortzuführen. Während BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach der Wahl 2014 zunächst zögerte eine Koalition mit der Linkspartei und der SPD einzugehen, (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2019) sah das fünf Jahre später bereits ganz anders aus. Kurz vor der Wahl bekräftigte die grüne Umweltministerin Thüringens, Anja Siegesmund, das Bündnis noch einmal: „*Es gibt nur Plan A, und der heißt rot-rot-grün*“ (Süddeutsche Zeitung, 26.10.2019). Ebenso bekannte sich die SPD klar für eine Weiterführung dieser Koalition (FAZ.net, 15.10.2019). Die stimmenstärkste der drei Parteien, DIE LINKE, warb ebenfalls für eine Fortsetzung des rot-rot-grünen Bündnisses, das notfalls in Form einer Minderheitsregierung fortgesetzt werden sollte (FAZ.net, 11.10.2019). Es lässt sich also eine gewisse Vertrautheit (*familiarity*) zwischen den Parteien der amtierenden Regierung erkennen, die dem Bündnis zunächst teilweise skeptisch gegenüberstanden und nun allesamt für eine Fortsetzung der Koalition plädierten. Auch eine gewisse Trägheit (*inertia*) lässt sich vermuten, so konnten anfängliche Konflikte wie etwa das Thema Finanzierung freier Schulen bereits aus dem Weg geräumt werden und die gemeinsame Arbeit sich mittlerweile gut entwickeln (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2019).

Die besondere Relevanz institutioneller Faktoren bei Koalitionsbildungen, die Strøm et al. (1994, S. 305) herausgearbeitet haben, zeigt sich insbesondere beim Thüringer Regierungsbildungsprozess von 2019/20. Eine landesspezifische institutionelle Besonderheit, die es in Thüringen gibt, kann den Amtsinhaberbonus bestehender Regierungen durchaus verstärken. So ermöglicht die thüringische Landesverfassung, dem\*der Ministerpräsident\*in sowie der Landesregierung „*die Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger fortzuführen*“ (Artikel 75 Absatz 3 ThürVerf). Die Thüringer Landesverfassung gibt somit keine Frist an, bis zu der ein\*e neue\*r Regierungschef\*in nach der Wahl gewählt werden muss. Wäre in Thüringen kein Nachfolger gefunden worden, hätte die rot-rot-grüne Regierung unter Bodo Ramelow weiter regieren können

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.2019). Die Tatsache, dass die amtierende Regierung bereits vor der Wahl einen Haushalt für 2020 verabschiedet hat, erleichterte ein solches Weiterregieren in der Minderheit zusätzlich (FAZ.net, 28.10.2019a).

Zwar gilt der Amtsinhaberbonus, den Martin und Stevenson (2001, S. 48) herausarbeiten nur für Koalitionen insgesamt und nicht allein für die Partei des\*der Regierungschef\*in, dennoch kann auch dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow durchaus ein gewisser Amtsinhaberbonus bezüglich der Landtagswahlen zugesprochen werden. Schließlich wurde in Thüringen erwartet, dass mit der AfD unter Björn Höcke eine extrem rechte Partei ein besonders starkes Ergebnis erzielen wird. Dies könnte zur Folge gehabt haben, dass viele Wähler\*innen zur amtierenden Linkspartei tendierten, um ein Erstarken der AfD zu verhindern (Süddeutsche Zeitung, 26.10.2019).

Der Amtsinhaberbonus des amtierenden Ministerpräsidenten lässt sich nicht final feststellen, als sicher kann jedoch gelten, dass der regierenden Koalition insgesamt ein gewisser Amtsinhaberbonus zuteil wurde und zu einer Fortsetzung der rot-rot-grünen Regierung führte. Nicht zuletzt, da ein wichtiger institutioneller Faktor, die thüringische Landesverfassung, in schwierigen Regierungsbildungsprozessen eine Fortführung der bereits amtierenden Partei begünstigt.

#### *4.3.2 Koalitionsausschlüsse*

Martin und Stevenson (2001, S. 36) zeigen auf, dass es einen großen Einfluss auf die Koalitionsbildung haben kann, wenn Parteien andere Parteien bereits im Vorhinein von einer möglichen Koalition ausgeschlossen haben (H8). Besonders stark ist dieser Effekt beim Umgang mit Anti-Systemparteien zu erkennen. Aber auch als koalitionsfähig geltende Parteien können von anderen Parteien ausgeschlossen werden, (Martin & Stevenson, 2001, S. 46) denn auch politisch-kulturelle und historische Faktoren können einen Einfluss auf die Koalitionsbereitschaft mit anderen Parteien haben (Kropp et al., 2002, S. 32f.).

Die Betrachtung des Regierungsbildungsprozesses in Thüringen 2019/20 macht deutlich, dass solche Parteiausschlüsse aufgrund landesspezifischer politisch-kultureller



und historischer Faktoren eine besondere Rolle spielten. Schließlich wurden mit der Linkspartei und der AfD, die beiden Randparteien der politischen Links-Rechts-Achse die stärksten Fraktionen im Thüringer Landesparlament.

Da die CDU eine Koalition mit der Partei DIE LINKE als SED-Nachfolger grundsätzlich ausschließt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.10.2019) und auch eine Zusammenarbeit mit der AfD ablehnt (Süddeutsche Zeitung, 09.10.2018), kam für Thüringens CDU-Chef Mike Mohring vor der Wahl lediglich die sogenannte Kenia-Koalition, bestehend aus CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Frage, sollte es für die amtierende Regierung nicht für eine Mehrheit reichen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.08.2019). Sollte es für eine Mehrheit der Kenia-Koalition nicht reichen, wurde auch ein Viererbündnis aus CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP ins Spiel gebracht, um eine Fortsetzung der rot-rot-grünen Regierung zu verhindern (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.2019). Die FDP wäre mit diesem Zusammenschluss einverstanden gewesen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.2019). Der SPD-Spitzenkandidat Wolfgang Tiefensee sprach sich dagegen eindeutig für die rot-rot-grüne Regierung aus. So auch Anja Siegesmund von der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich jedoch eine Hintertür offenhielt, sollte es noch andere Mehrheiten geben (FAZ.net, 15.10.2019). Das finale Wahlergebnis zeigte schließlich, dass keine Mehrheiten ohne DIE LINKE oder die AfD möglich waren. Das stellte vor allem die CDU vor eine große Herausforderung, die als Partei, die den *median legislator* stellt, eine zentrale Rolle im Regierungsbildungsprozess darstellt, da Mehrheiten links, wie auch rechts neben ihr nur mit ihr möglich waren. Da eine solche Situation bereits vor der Wahl nicht nur in Thüringen, sondern auch in Sachsen und Brandenburg von vielen erwartet bzw. befürchtet wurde, wurden mögliche Herangehensweisen vielfach diskutiert.

Nachdem sich die CDU im Osten über Jahre hinweg über Bündnisse, die die SPD mit der Partei DIE LINKE einging entrüstete, brachte der Chef der Brandenburger CDU, Ingo Senftleben, eine mögliche Koalition mit der Linkspartei ins Spiel (Süddeutsche Zeitung, 14.04.2018). Auch der CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther zog in Erwägung, „*im Ernstfall auch mit der Linken Partei Gemeinsamkeiten aus[zul]oten*“. Dieser Vorschlag wurde jedoch von Bundeskanzlerin Angela Merkel strikt zurückgewiesen (Süddeutsche Zeitung, 14.08.2018). Dem schloss sich auch CDU-

Generalsekretär Paul Ziemiak an, der die Unterschiede zwischen der CDU und der Linkspartei als unüberbrückbar erachtet (FAZ.net, 05.10.2018). Der Thüringer CDU-Chef Mike Mohring folgte dem Kurs seiner Parteikollegen im Bund und sprach sich bereits weit vor der Landtagswahl gegen eine Koalition mit der Linkspartei aus. Die CDU hätte als Volkspartei die Aufgabe, *„Brücken in die politische Mitte zu bauen und damit die Ränder klein zu halten“* (Süddeutsche Zeitung, 09.10.2018). Nachdem der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck der thüringischen CDU nahelegte, auch Gespräche mit der Linkspartei zu führen, betonte Mohring abermals, nicht mit der SED-Nachfolgerpartei DIE LINKE koalieren zu wollen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.10.2019). Dementsprechend überraschend war, dass Mohring einen Tag nach der Wahl eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nicht kategorisch ausschloss. Nach starkem Widerspruch aus der eigenen Partei betonte der Thüringer CDU-Spitzenkandidat, dass über eine solche Zusammenarbeit nicht in den Parteizentralen entschieden wird, sondern *„alleine in Thüringen“*. So seien *„stabile Verhältnisse wichtiger für das Land, als dass es nur um parteipolitische Interessen geht.“* Doch auch vom eigenen Landesverband erntete Mohring Kritik, so zeigte sich der thüringische Vize-CDU-Parteichef Mario Voigt *„höchst irritiert über die in den Medien verbreiteten Gesprächsangebote.“* (FAZ.net, 28.10.2019b) Später gab Mike Mohring dem heftigen Widerstand offensichtlich nach und schloss eine Koalition der CDU mit der Linkspartei aus. Er sei zwar offen für ein Gespräch mit Bodo Ramelow, betonte jedoch, sich *„keine Situation vorstellen“* zu können, in der *„die abgewählte rot-rot-grüne Landesregierung durch die Unterstützung der CDU in eine neue Regierungsverantwortung gehoben wird.“* (FAZ.net, 29.10.2019) Aber auch DIE LINKE hatte eine feste Koalition mit der CDU ausgeschlossen, da dies nicht im Interesse der Linkspartei sei (FAZ.net, 28.10.2019a). Da für eine Weiterführung der rot-rot-grünen Landesregierung, für die auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die SPD bereitstünden, (FAZ.net, 15.10.2019) jedoch keine Mehrheit vorhanden sei, bliebe nur noch eine Koalition aus den Parteien DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei kam aber auch für die FDP nicht in Frage (FAZ.net, 28.10.2019).

Das Ausschließen der Linkspartei von Koalitionen durch die CDU und die FDP, schließt also alle möglichen Mehrheitskoalitionen jenseits der AfD aus. Zwar wurde die AfD

wiederum von allen anderen Parteien als potentieller Koalitionspartner ausgeschlossen, (FAZ.net, 28.10.2019b) dennoch zeigen sich vor allem in der CDU immer wieder Stimmen, die Gegenteiliges fordern. Das ist besonders interessant, da der CDU im thüringischen Regierungsbildungsprozess 2019/20 aufgrund des *median legislators* eine besondere Rolle zuteilwird. Nachdem der AfD-Bundesfraktionsvorsitzende Alexander Gauland gut ein Jahr vor den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Ländern für Koalitionen der AfD mit der CDU warb (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.10.2018), bekräftigte der Thüringer CDU-Chef Mike Mohring, nicht mit der AfD koalieren zu wollen, da diese in Thüringen mit ihrem rechtsextremen Spitzenkandidaten eine besonders extreme Linie fahre und sich somit jede Zusammenarbeit verbiete (Süddeutsche Zeitung, 09.10.2018). Auch der CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak sowie Angela Merkel und Anngret Kramp-Karrenbauer positionierten sich klar gegen ein solches Bündnis (FAZ.net, 05.10.2018). Der ehemalige Verfassungsschutzpräsident und CDU-Politiker Hans-Georg Maaßen äußerte sich in einem Interview mit dem Deutschlandfunk gegenüber einer Koalition mit der AfD offener: *„Ich glaube, in der jetzigen Situation werden wir es auch ausschließen, dass es zu einer derartigen Koalition kommt, aber man weiß ja nie“* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.06.2019). Weiterhin schloss er ein solches Bündnis in Thüringen lediglich für den Moment aus: *„Um eine Koalition zu bilden, braucht man gemeinsame Werte und Überzeugungen. Die sehe ich derzeit jedenfalls nicht“* (Süddeutsche.de, 16.06.2019).

Kritik von Parteikollegen folgte und auch Markus Söder, der Vorsitzende der Schwesterpartei CSU, betonte noch einmal, dass die Union nicht mit der AfD zusammenarbeiten werde, selbst auf kommunaler Ebene nicht (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.2019). Diesem Grundsatz blieb Mike Mohring treu, der nach der verlorenen Wahl 2014 noch das Gespräch mit Björn Höcke gesucht hatte (Süddeutsche Zeitung, 23.10.2019) und damit versucht haben sollte die rot-rot-grüne Regierung zu verhindern (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.2019). Nach der Wahl brachte der stellvertretende Thüringer CDU-Fraktionsvorsitzenden Michael Heym eine Zusammenarbeit von CDU, AfD und FDP ins Spiel, (FAZ.net, 28.10.2019c) worauf mehrere CDU-Parteikollegen einen Parteiausschluss Heyms forderten (Süddeutsche Zeitung, 04.11.2019). Der Thüringer Landesvorstand sowie das Landespräsidium betonten ein weiteres Mal, dass

es keine Koalition mit der AfD geben werde (FAZ.net, 29.10.2019).

Auch im weiteren Regierungsbildungsprozess in Thüringen wurden diese Koalitionsschlüsse beibehalten und so kam es, dass sich DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine Minderheitsregierung einigten (Süddeutsche Zeitung, 27.01.2020) und Bodo Ramelow ohne Unterstützung von CDU, FDP oder AfD im dritten Wahlgang mit einer relativen Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt werden sollte (Süddeutsche Zeitung, 22.01.2020). Um zu verhindern, mit Stimmen der AfD gewählt zu werden, plante der FDP-Spitzenkandidat Thomas Kemmerich, der ebenfalls zu Wahl antrat, seine Kandidatur im dritten Wahlgang zurückzuziehen, sollte die AfD ihren Kandidaten zurückziehen. Damit sollte ein unfreiwilliges Bündnis mit der AfD verhindert werden (Süddeutsche Zeitung, 05.02.2020). Es kam jedoch anders. Da die AfD ihren Kandidaten im dritten Wahlgang nicht zurückzog, blieb auch Kemmerich im Rennen. Die AfD stimmte in diesem Wahlgang aber nicht für ihren eigenen Kandidaten, sondern gesammelt für den Mann der FDP, der mit den Stimmen der FDP, der CDU sowie der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde und die Wahl anschließend auch annahm (Süddeutsche.de, 05.02.2020). Damit geschah, was eigentlich ausgeschlossen werden sollte und es kam zu einem – wenn auch unfreiwilligen – Bündnis aus CDU, FDP und AfD. Dabei sollte es aber nicht bleiben. Nach einer deutschlandweiten, großen, gesellschaftlichen und politischen Welle der Entrüstung sowie enormer innerparteilicher Kritik, trat Kemmerich einen Tag nach der Ministerpräsidentenwahl zurück (Süddeutsche Zeitung, 07.02.2020) und knapp einen Monat später einigte man sich auf eine rot-rot-grünen Minderheitsregierung unter Bodo Ramelow (Süddeutsche Zeitung, 05.03.2020).

Es zeigt sich somit, dass der Ausschluss bestimmter Parteien von der Koalitionsbildung einen enormen Einfluss auf den Regierungsbildungsprozess in Thüringen hatte. So verzichtete neben der FDP auch die CDU auf ein Bündnis mit der Linkspartei aufgrund ihrer SED-Vergangenheit und dem damit einhergehenden „*selbstaufgelegte[n] Unvereinbarkeitsbeschluss*“ (Süddeutsche Zeitung, 05.03.2020) der CDU gegenüber der Partei DIE LINKE. Auch der in Deutschland geltende „*Konsens der Demokraten*“ (Rudzio, 2002, S. 45), nicht mit Parteien zu koalieren, die als anti-demokratisch gelten sowie mit Parteien rechts der Union (Kofß, 2021, S. 9), wurde eingehalten. Die AfD wurde von allen

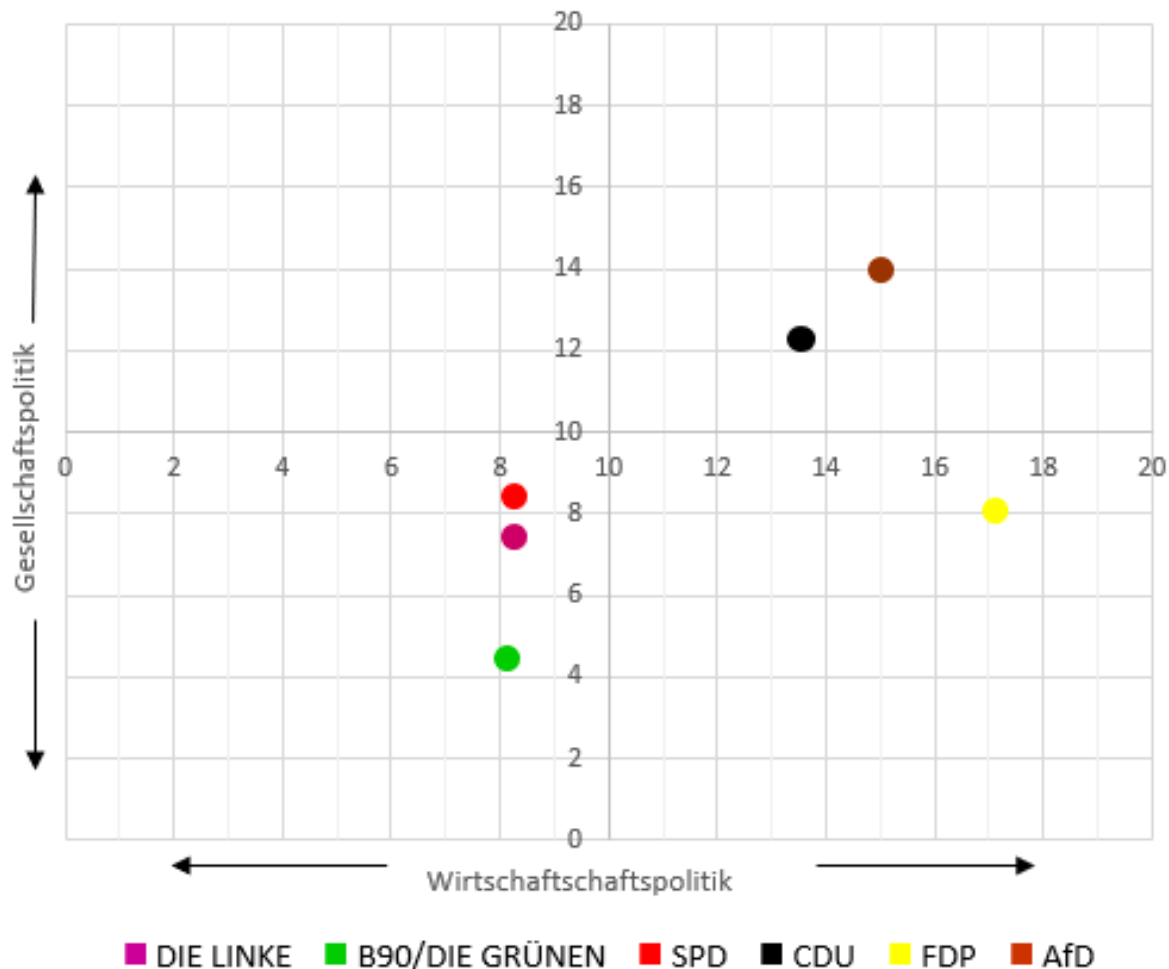
Parteien als potentieller Koalitionspartner ausgeschlossen und obwohl FDP-Spitzenkandidat Kemmerich mit seiner Entscheidung, die Wahl anzunehmen, diesen Konsens über Bord warf, zeigte der gesellschaftliche und politische Aufschrei, der den schnellen Rücktritt und Neuwahlen herbeiführte, welchen Stellenwert dieser Konsens in Deutschland hat. Die Variable des Ausschlusses bestimmter Parteien vom Koalitionsbildungsprozess wog bei der Regierungsbildung also mehr als die Gewinnorientierung der *office*-orientierten Theorien und auch parteipolitischen Inhalten wurde weniger Beachtung geschenkt, als den politischen Prinzipien, die auf bundes- und landespezifischen politisch-kulturellen und historischen Faktoren beruhen.

#### *4.3.3 Polarisierung des Parteiensystems*

Martin und Stevenson (2001, S. 43) zufolge steigt die Wahrscheinlichkeit für Minderheitsregierungen, wenn ein Mehrparteiensystem stark polarisiert ist (H9). Das bedeutet, dass eher eine Minderheitsregierung gebildet wird, wenn die politischen Inhalte der Parteien ideologisch weit auseinander liegen. Somit spielt auch das Parteiensystem eine wichtige Rolle bei Koalitionsbildungen (Kropp et al., 2002, S. 26ff.). Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Konsensfindung zwischen den Parteien schwieriger wird, wenn die Interessen zu weit auseinander liegen. Weiterhin finden sich in stark polarisierten Parteiensystemen häufig sogenannte Anti-System-Parteien, die vom Koalitionsbildungsprozess für gewöhnlich ausgeschlossen werden (Jun, 1994, S. 71).

Für die Betrachtung des Parteiensystems in Thüringen wurde in dieser Arbeit ein zweidimensionales Modell herangezogen, das eine wirtschafts- und eine gesellschaftspolitische Achse beinhaltet und dadurch einen Überblick über die sozioökonomische und politisch-kulturelle Ausrichtung der thüringischen Landesparteien zum Zeitpunkt der Wahl 2019 gibt. Der Wert 0 steht hier für eine extrem linke und der Wert 20 für eine extrem rechte Einstellung der jeweiligen Parteien.

Abbildung 4: Positionierung der Fraktionen im 7. Thüringer Landtag in einem mehrdimensionalen Links-Rechts-Modell



(Eigene Darstellung; alle Daten wurden dem Thüringer Landesamt für Statistik 2019 und Bräuninger et al. 2020 entnommen)

Auf den ersten Blick zeigen sich hierbei zwei Lager. Zum einen DIE LINKE und die SPD, die sehr nah beieinander liegen und mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wirtschaftspolitisch auf einer Ebene liegen. Die gesellschaftspolitische Ausrichtung der Grünen ist zwar weiter links zu verorten als, die der Linkspartei und der SPD, dennoch tendieren sie in eine ähnliche Richtung. Auf der anderen Seite stehen die Parteien CDU und AfD sehr nah beieinander. Die AfD liegt allerdings auf der wirtschafts- wie auch auf der gesellschaftspolitischen Achse ein kleines Stück weit rechter als die CDU. Noch ein gutes Stück weiter rechts auf der wirtschaftspolitischen Achse liegt die FDP, deren gesellschaftspolitische Ausrichtung jedoch durchaus progressiver ist. So ist die FDP auf der

gesellschaftspolitischen Achse zwischen der SPD und der Linkspartei zu verorten. Aufgrund des Ausschließens der AfD aus allen Koalitionen, das bereits im vorherigen Abschnitt analysiert wurde, ist also keine Mehrheitsregierung zwischen CDU, FDP und AfD möglich, welche auf wirtschaftspolitischer Ebene eine ähnliche Verortung vorweisen und das rechte Spektrum abdecken. Eine Mehrheitskoalition aus Linkspartei, SPD den Grünen und der FDP, welche auf gesellschaftspolitischer Achse eine ähnliche Ausrichtung haben, liegt auf wirtschaftspolitischer Achse sehr weit auseinander. Außerdem wurde eine Koalition mit der Linkspartei durch die FDP ausgeschlossen (FAZ.net, 28.10.2019b). Demzufolge ist keine Mehrheitsregierung möglich, deren Parteien im sozioökonomischen Modell kompakt sind, das heißt ideologisch nah beieinander liegen. Lediglich die Minderheitskoalition aus den Parteien DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD weist eine ideologische Nähe auf und wurde auch tatsächlich gebildet.

Es zeigt sich also, dass die Polarisierung des thüringer Mehrparteiensystems eine ideologisch nahe beieinanderliegende Mehrheitsfindung erschwert hat und das Bilden einer Minderheitsregierung begünstigte. Dies wurde durch das kollektive Ausschließen der AfD und sowie der Weigerung der CDU und der FDP mit der Linkspartei zu koalieren zusätzlich verstärkt.

## 5 Fazit

Die Analyse der Regierungsbildung in Thüringen nach der Landtagswahl zeigt, dass vor allem die *office*-orientierten Theorien keine befriedigende Erklärung für den Thüringer Regierungsbildungsprozess finden. Allesamt erwarten Gewinnkoalitionen, womit die tatsächlich gebildete rot-rot-grüne Minderheitsregierung in diesen Theorien keine Option darstellt. Weiterhin ist die Anzahl der vorhergesagten Koalitionsoptionen vergleichsweise hoch und deshalb ungenau. Zwar ermöglichen die Theorie der *minimum winning coalition* und die *bargaining proposition* eine Priorisierung der möglichen Optionen, eine richtige Vorhersage kann dennoch nicht geleistet werden.

Ebenso verhält es sich bei der *policy*-orientierten *minimal range coalition* Theorie, die aufgrund ihres Anspruches einer Mehrheitsregierung ebenfalls nicht in der Lage ist, die Minderheitsregierung unter Bodo Ramelow vorherzusagen. Laut der Idee des *median*

*legislators*, kommt der Partei, die diesen stellt, eine Schlüsselrolle zu, da nur mit dieser Partei eine ideologisch möglichst kompakte Mehrheit gebildet werden kann. Da sich in Thüringen jedoch eine Regierung bildete, die ohne Mehrheit auskommt und somit auch ohne die Partei des *median legislators*, kann der Thüringer Regierungsbildungsprozess auch anhand dieses Ansatzes nicht erklärt werden, zumal hier – wie bei den vorherigen Theorien auch – keine Parteiausschlüsse berücksichtigt werden, die in Thüringen aber durchaus eine Rolle spielten. Die einzige *policy*-orientierte Theorie, die die rot-rot-grüne Regierung als am wahrscheinlichsten vorhersagt, ist die der *policy horizons*. Hier wird die Sitzstärke von Koalitionen außer Acht gelassen und sich rein auf die ideologische Positionierung der Parteien in einem mehrdimensionalen Politikspektrum sowie ihrer vorherigen Koalitionsbereitschaft fokussiert, was eine Verbesserung der *policy*-orientierten Ansätze darstellt und zeigt, dass eine eindimensionale Betrachtung des *policy*-Aspekts nicht ausreicht, um Koalitionsbildungen zu erklären. Aber auch bei dieser Theorie werden Ausschlüsse bestimmter Parteien von der Koalitionsbildung nicht berücksichtigt.

Die Analyse ergibt, dass beim Regierungsbildungsprozess in Thüringen nach der Landtagswahl 2019 besonders institutionelle und kontextuelle Faktoren einen entscheidenden Einfluss hatten. So wurde der Amtsinhaberbonus, der in gewisser Weise ohnehin schon gegeben war, durch eine institutionelle Besonderheit der Thüringer Verfassung noch weiter verstärkt. Auch das Parteiensystem des Landes spielt eine Rolle, so kann die Polarisierung des Thüringer Parteiensystems durchaus die Schwierigkeiten, die sich im Regierungsbildungsprozess zeigten, erklären. Der bedeutendste Einfluss auf die Koalitionsbildung in Thüringen ist jedoch dem Ausschließen bestimmter Parteien von Koalitionen zuzuschreiben. Da die AfD als möglicher Koalitionspartner von allen Parteien ausgeschlossen wurde und die CDU und die FDP eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei ausschlossen, war keine Mehrheitsregierung möglich. Es zeigt sich also, dass die Prinzipien und Auffassungen der Parteien bezüglich der Koalitionsfähigkeit anderer Parteien mehr wiegen, als die Möglichkeit, Ämter in einer Mehrheitsregierung zu besetzen. Auch inhaltliche Nähe, wie etwa die geringe Links-Rechts-Differenz des Bündnisses CDU, FDP und AfD, wird gegenüber diesen Prinzipien zurückgestellt.



Abschließend lässt sich sagen, dass die gängigen *office*- und *policy*-orientierten Koalitionstheorien – mit Ausnahme der *policy horizons* – die Regierungsbildung in Thüringen nach der Landtagswahl 2019 nicht hinreichend erklären können. Diese frühen Theorien eigneten sich vermutlich besser als die Parteiensysteme noch weniger fragmentiert waren, also weniger Parteien eine Rolle spielten und auch die Polarisierung geringer war. Hierbei ist auch wichtig die ideologische Positionierung einer Partei anhand einer mehrdimensionalen Betrachtung einzuordnen, statt lediglich auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala. Angesichts der heutigen Parteiensysteme müssen aber dringend auch andere Faktoren zur Erklärung herangezogen werden. Zwar streben Parteien durchaus noch nach Mehrheiten, aber der Thüringer Regierungsbildungsprozess zeigt, dass unter bestimmten Bedingungen auch eine Minderheitsregierung eine Option darstellt, die von den Parteien in Erwägung gezogen wird. So wird in Thüringen deutlich, dass hier besonders der Ausschluss der AfD durch alle anderen Parteien sowie dem der Linkspartei durch CDU und FDP, dafür verantwortlich ist, dass der Regierungsbildungsprozess sich so kompliziert gestaltete und keine Mehrheitsregierung gebildet werden konnte. Dieser Aspekt kann durchaus auch bei anderen deutschen Wahlen eine entscheidende Rolle spielen, schließlich gilt vor allem die „*Brandmauer nach rechts*“ (Koß, 2021, S. 10), und damit der Konsens, nicht mit Parteien rechts der Union zu koalieren, als informelle „*Staatsdoktrin der Bundesrepublik*“, die als Lehre „*aus den Schrecken des Nationalsozialismus gezogen*“ (Koß, 2021, S. 9) wurde. Als der FDP-Politiker Thomas Kemmerich die Wahl zum Ministerpräsidenten, die er nur mit Hilfe der AfD gewann, annahm, bröckelte diese Brandmauer erstmals (Koß, 2021, S. 9). Der große, gesellschaftliche und politische bundesweite Aufschrei und der darauffolgende Rücktritt Kemmerichs, zeigt aber, wie stark diese Brandmauer noch ist. Dies macht deutlich wie wichtig eine länder- bzw. landesspezifische Betrachtung von Koalitionsbildungen ist, da es sich dabei um einen Faktor handelt, der historischer und politisch-kultureller Natur ist und sich deshalb auch nicht auf sämtliche Regierungsbildungsprozesse übertragen lässt.

Die Betrachtung der Regierungsbildung nach der Thüringer Landtagswahl 2019 macht also deutlich, dass frühe Koalitionstheorien angesichts heutiger Gegebenheiten überholt sind und nicht mehr allein herangezogen werden sollten. Vielmehr sollte auch auf

institutionelle und kontextuelle Faktoren eingegangen werden und landesspezifische Kontexte berücksichtigt werden.

Dennoch muss auch beachtet werden, dass aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit und der Vielzahl an Koalitionstheorien nicht alle existierenden Theorien und Ansätze überprüft werden konnten. Damit lässt sich nicht final ausschließen, dass noch andere Faktoren einen relevanten Einfluss auf den Thüringer Regierungsbildungsprozess hatten. Weiterhin thematisieren Koalitionstheorien kein innerparteiliches Vorgehen und Absprachen bezüglich Koalitionsbildungen, weswegen weiteres Forschen in diesem Bereich notwendig ist.

## Literaturverzeichnis

- Axelrod, R. (1970). *Conflict of Interest. A Theory of Divergent Goals with Application to Politics*. Chicago. Markham Publishing Company.
- Bäck, H. (2003). Explaining and predicting coalition outcomes. Conclusions from studying data on local coalitions. *European Journal of Political Research*, 42, 441–472.
- Bergmann, T. (1993). Formation rules and minority governments. *European Journal of Political Research*, 23(1), 55–66.
- Bräuninger, T., Debus, M., Müller, J. & Stecker, C. (2020). *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern (2. Aufl.)*. Wiesbaden. Springer VS.
- Bräuninger, T. & Debus, M. (2008). Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern. *Politische Vierteljahresschrift*, 49(2), 309–338.
- De Swaan, A. (1973). *Coalition Theories and Cabinet Formations. A Study of Formal Theories of Coalition Formation Applied to Nine European Parliaments after 1918*. Amsterdam. Elsevier Scientific Publishing Co.
- Debus, M. (2009). Pre-electoral commitments and government formation. *Public Choice*, 138, 45–64.
- Deschouwer, K. (2003). Political parties in multi-layered systems. *European Urban and Regional Studies*, 10(3), 213–226.
- Franklin, M. N. & Mackie, T. T. (1983). Familiarity and Inertia in the Formation of Governing Coalitions in Parliamentary Democracies. *British Journal of Political Science*, 13(3), 275–298.
- Gamson, W. A. (1961). A Theory of Coalition Formation. *American Sociological Review*, 26(3), 373–382.
- Ganghof, S. (2019). *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft. Eine theorieorientierte Perspektive mit Anwendungsbeispielen*. Wiesbaden. Springer VS.
- Gross, M. (2016). Koalitionsbildungsprozesse in Mehrebenensystemen. In M. Gross (Hrsg.), *Koalitionsbildungsprozesse auf kommunaler Ebene (S. 57–104)*. Wiesbaden. Springer VS.
- Jun, U. (1994). *Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949*. Obladen. Leske + Budrich.
- Kielbassa, P. (2021). *Exposé. Regierungskrise in Thüringen. Ein koalitionstheoretischer Erklärungsversuch*. München. LMU.
- Koß, M. (2021). *Demokratie ohne Mehrheit?. Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen*. München. dtv.

- Kropp, S., Schüttemeyer, S. S. & Sturm, R. (2002). Koalitionen in West- und Osteuropa. Theoretische Überlegungen und Systematisierung des Vergleichs. In S. Kropp, S. S. Schüttemeyer & R. Sturm (Hrsg.), *Koalitionen in West- und Osteuropa* (S. 7–41). Opladen. Leske + Budrich.
- Laver, M. (1998). Models of government formation. *Annual Review of Political Science*, 1, 1–25.
- Laver, M. & Schofield, N. (1990). *Multiparty government. The politics of coalition in Europe; with a new preface*. Ann Arbor. Univ. of Michigan Press.
- Leiserson, M. (1968). Factions and Coalitions in One-Party Japan. An Interpretation Based on the Theory of Games. *The American Political Science Review*, 62(3), 770–787.
- Lijphart, A. (2012). *Patterns of democracy. Government forms and performance in thirty-six countries*. New Haven. Yale University Press.
- Martin, L. W. & Stevenson, R. (2001). Government Formation in Parliamentary Democracies. *American Journal of Political Science*, 45(1), 33–50.
- Müller, W. C. (2009). Government Formation. In T. Landman & N. Robinson (Hrsg.), *The SAGE Handbook of Comparative Politics* (S. 227–245). London. SAGE Publications Ltd..
- Neumann, J. & Morgenstern, O. (1944). *Theory of Games and Economic Behavior*. Princeton/Oxford. Princeton University Press.
- Peleg, B. (1981). Coalition Formation in Simple Games with Dominant Players. *International Journal of Game Theory*, 10(1), 11–33.
- Riker, W. H. (1962). *The Theory of Political Coalitions*. New Haven/London. Yale University Press.
- Rudzio, W. (2002). Koalitionen in Deutschland. Flexibilität informellen Regierens. In S. Kropp, S. S. Schüttemeyer & R. Sturm (Hrsg.), *Koalitionen in West- und Osteuropa* (S. 41–67). Opladen. Leske + Budrich.
- Schniewind, A. (2008). Regierungen. In M. Freitag, A. Vatter (Hrsg.), *Die Demokratien der deutschen Bundesländer. Politische Institutionen im Vergleich* (S. 111–160). Stuttgart. UTB.
- Strøm, K. (1984). Minority governments in parliamentary democracies. The rationality of nonwinning cabinet solutions. *Comparative Political Studies*, 17(2), 199–227.
- Strøm, K., Budge, I. & Laver, M. J. (1994). Constraints on Cabinet Formation in Parliamentary Democracies. *American Journal of Political Science*, 38(2), 303–335.
- Taylor, M. (1972). On the Theory of Government Coalition Formation. *British Journal of Political Science*, 2(3), 361–373.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2019). Landtagswahlen. Wahlergebnisse. Verfügbar unter: [https://www.wahlen.thueringen.de/landtagswahlen/lw\\_wahlergebnisse.asp](https://www.wahlen.thueringen.de/landtagswahlen/lw_wahlergebnisse.asp) [17.06.2021].

- van Roozendaal, P. (1993). Cabinets in the Netherlands (1918-1990). The importance of 'dominant' and 'central' parties. *European Journal of Political Research*, 23(1), 35–54.
- Warwick, P. V. (2006). *Policy Horizons and Parliamentary Government*. New York. Palgrave Macmillan.
- Warwick, P. V. (2013). Koalitionsbildung unter Wahrung der Markenkerne? Die These der politischen Horizonte. In F. Decker & E. Jesse (Hrsg.), *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich* (S.57-74). Baden-Baden. Nomos.

### Süddeutsche Zeitung/ Süddeutsche.de

(Verfügbar unter: <https://archiv-szarchiv-de.emedien.ub.uni-muenchen.de>)

- Rossmann, R. (22.07.2017) Eine Bewährungsprobe, aber keine Staatskrise. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble appelliert in der ersten Sitzung des Parlaments nach der Konstituierung an die Wähler, Politiker nicht als, Umfaller zu verurteilen, wenn sie Kompromisse eingehen.
- Schneider, J. (14.04.2018) Lockerungsübung links. Der Brandenburger CDU-Chef Ingo Senftleben kann sich eine Koalition mit der Linkspartei vorstellen – das sehen seine Parteifreunde im Osten nicht gern.
- Nimz, U. & Schneider, J. (14.08.2018) Am Ende muss regiert werden. Eine Koalition aus CDU und Linkspartei? Solche Gedankenspiele versetzen die Unions-Wahlkämpfer in Ostdeutschland in Wut – bürgerliche Stammwähler könnten endgültig vergrault werden, befürchten sie. Und dann gibt es auch noch die AfD.
- UZ (09.10.2018) Unser Hauptgegner. Sachsens CDU-Fraktionschef korrigiert seine Haltung zur AfD.
- dpa (16.06.2019) Maaßen zu CDU/AfD-Koalitionen. CDU-Generalsekretär Ziemniak schließt Kooperation mit AfD aus.
- Nimz, U. (23.10.2019) Wie es geht. Mike Mohring, Spitzenkandidat der Thüringer CDU, gilt als einer der talentiertesten Politiker seiner Partei. Dann erkrankte er schwer – ausgerechnet im Wahljahr. Über einen, der mehr will, als nur gesund zu sein.
- Nimz, U. (26.10.2019). Thüringen vor der Wahl. Bis nichts mehr geht.
- Wittland, L. (27.10.2019). Landtagswahl in Thüringen 2019. Warum die Regierungsbildung wohl kompliziert wird.
- Nimz, U. (28.10.2019). Im Reich der Ungewissheit. Ministerpräsident Bodo Ramelow geht unsicheren Zeiten entgegen. Viel spricht für eine Minderheitsregierung in Erfurt.
- dpa (28.10.2019). Landtagswahl. So hat Thüringen gewählt.
- k.A. (04.11.2019). CDU streitet über Umgang mit AfD. Thüringer Landtagsabgeordneter soll Parlament verlassen.

dpa (06.11.2019). Thüringen. Höcke bietet CDU und FDP Tolerierung einer Minderheitsregierung an.

dpa (08.11.2019). 73 Stimmen über der Hürde.

dpa (27.01.2020). Dreierbündnis steht.

Nimz, U. (05.02.2020). Ministerpräsidentenwahl in Thüringen. Sicher ist nichts.

dpa (05.02.2020). Thüringen. FDP-Politiker Kemmerich wird überraschend Ministerpräsident.

Nimz, U., Pollmer, C. & Rietschel, A. (07.02.2020). Portrait. Die Eintagsfliege.

Nimz, U. (05.03.2020). Ministerpräsidentenwahl in Thüringen. Erfurter Bombenentschärfung.

### Frankfurter Allgemeine Zeitung/ FAZ.net

(Verfügbar unter: <https://www-faz-biblionet-de.emedien.ub.uni-muenchen.de>)

dpa (05.10.2018) Schluss mit dem Theater in Berlin!. Laschet beim „Deutschlandtag“.

Wehner, M. (01.10.2018) Ein Mann passt sich an. Alexander Gauland nimmt alle mit in der AfD. In seinen Positionen ist er flexibel. Auf einmal redet er übers Regieren.

Schmoll, H. (17.06.2019) Maaßens Gretchenfrage. Soll die Union jemals mit der AfD koalieren?.

Gerster, L. (30.06.2019) Kein Kaffee mit der AfD. Die CDU will nicht mehr mit der AfD zusammenarbeiten. In den Städten und Gemeinden will man sich das aber nicht vorschreiben lassen.

Bingener, R. (26.08.2019) Bollwerk statt Projekt. Taugt die Magdeburger Kenia-Koalition als Modell für Ostdeutschland?

Schäfers, M. (07.09.2019) Im Schatten. Eine Person steht wie keine andere für die FDP: Christian Lindner. Doch gelingt es ihm nicht, aus den Schwächen der großen Koalition Stärke für die Liberalen zu ziehen. Die Wirtschaft sieht das mit Sorge.

AFP (11.10.2019) Alle Zahlen zur Landtagswahl in Thüringen. Umfragen, Prognosen, Fakten.

Locke, S. (15.10.2019) Duell und Vierkampf vor Thüringer Landtagswahl. Diskussion im Fernsehen.

Locke, S. (17.10.2019) Frühstück bei Tiefensee. Vor der Wahl in Thüringen wird es unübersichtlich. Ob Rot-Rot-Grün weitermachen kann, hängt von vielen Dingen ab – unter anderem vom Abschneiden der FDP.

Locke, S. (22.10.2019) Mohring will's wissen. Thüringens CDU will nach fünf Jahren in der Opposition endlich wieder regieren. Doch vor der Landtagswahl am Sonntag fehlt ihr dafür eine klare Perspektive.

Eppelsheim, P., Nefzger, A. & Locke, S. (25.10.2019) Linker Landesvater. Bei der Landtagswahl in Thüringen will Deutschlands erster Ministerpräsident der Linkspartei seine Macht verteidigen. Selbst ohne Mehrheit könnte Bodo Ramelow im Amt bleiben.

Becker, K. B. & Locke, S. (28.10.2019a) Ein verstörtes Land. Nach der Wahl in Thüringen. dpa (28.10.2019b) Mohring schließt Koalition mit der Linken nicht aus. Nach der Wahl in Thüringen.

alri (28.10.2019c) Union streitet über Zusammenarbeit mit Linken. Nach Thüringen-Wahl. dpa (29.10.2019) Mohring rudert in Sachen Linke zurück. Thüringens CDU-Vorsitzender.